

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staningl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Pettizeile oder deren Raum 15 A. — Posttaxatag Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Der erste Verbandstag. Der schriftliche Lehrvertrag. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Ueber die Arbeiten am Nordostkanal. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zur Gewerkschaftsfrage. — Situationsberichte. — Gerichts-Chronik. — Arbeiterversicherungswesen. — Literarisches. — Briefkasten. — Familiennotizen. — Ein Bild von der Größe Chicagos.

Der erste Verbandstag

des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands wird am Montag, den 14. d. M., in Kassel zusammentreten. Das ist ein für unsere gewerkschaftliche Bewegung bedeutendes und wichtiges Ereignis. Die konstituierende Versammlung des Verbandes fand bekanntlich am 13., 14. und 15. Mai 1891 in Göttingen statt, und zwar im Anschluß an den achten Kongreß der Maurer Deutschlands, welcher folgenden Beschluß gefaßt hatte:

„In Anbetracht der wirtschaftlichen Zustände, des mehr und mehr unqualifizierbaren Vorgehens des Unternehmertums gegen die gewerkschaftliche Bewegung, und in Anbetracht, daß die bestehenden Lokalorganisationen den Arbeitern keine kräftige Wehr mehr bieten, beschließt der Kongreß: die Zentralisation ist auch für die deutschen Maurer als die beste Form der Organisation zu betrachten, und wird auf Grund der von der Geschäftsleitung gemachten Vorlage ein Verband deutscher Maurer errichtet.“

Schon etliche Jahre zuvor war in weiten Kreisen unserer Gewerkschaften das Bedürfnis nach einer festeren und zweckentsprechenderen Organisation lebhaft empfunden worden. Auch hatten vorhergehende Kongresse unseres Gewerks sich entschieden für die Zentralisation und die Anbahnung einer solchen ausgesprochen. Aber die Rechtsunsicherheit, welche die Herrschaft des Sozialistengesetzes mit sich brachte, machte die Ausführung unmöglich, so lange dieses Gesetz bestand. Nachdem dasselbe (am 1. Oktober 1890) gefallen war, ging man rüstig an's Werk, den Boden für die neue Organisation vorzubereiten. Wohl fehlte es, wie bekannt, innerhalb der eigenen Gewerkschaften nicht an Widersachern, die zum Teil mit geradezu brutalem Fanatismus und mit recht unehrenhaften Mitteln das Projekt bekämpften. Die Anhänger der lokalen bzw. der sogenannten „lokalen“ oder „freien“ Organisation setzten, besonders von Berlin aus, alle Hebel in Bewegung, um die Erreichung des so lange angestrebten Zieles zu verhindern. Noch auf dem vorjährigen Kongreß, welcher die Gründung des Verbandes definitiv beschloß, gaben sie sich die erdenklichste Mühe, mit ihren Scheingründen durchzubringen. Sie mühten sich vergebens! Die überwältigende Majorität der Vertreter der deutschen Maurerschaft stand, in Uebereinstimmung mit ihren Mandatgebern, entschieden ein für die Ausführung des großen Planes, der Solidarität der Gewerkschaften einen Boden zu schaffen, auf welchem sie besser als seither sich behaupten können: die zentrale Organisation.

Auch nachdem die Gründung des Verbandes erfolgt war, setzten jene Elemente, Unwahrheit und grobe Verleumdung nicht scheuend, ihre

Bekämpfung fort; sie haben bis in die neueste Zeit kein Mittel unversucht gelassen, den Verband zu schädigen. Am gesunden Sinn des aufgeregten Teiles unserer Gewerkschaften sind alle diese Versuche erfolglos abgeprallt. Wohl waren in den seit Gründung des Verbandes verfloffenen fünfzehn Monaten die wirtschaftlichen Verhältnisse die denkbar ungünstigsten. Arbeitslosigkeit, Geschäftsstocung überall! Und doch hat der Verband in einer Weise sich entwickelt, die zu der festen Ueberzeugung berechtigt, daß er eine gute Zukunft hat. Nahezu 14000 Mitglieder weist er jetzt auf. Das ist eine kleine Zahl im Verhältnis zu der großen Zahl der Gewerkschaften überhaupt. Aber wenn man erwägt, daß die große Masse der Letzteren immer noch bis über die Ohren in Indifferentismus steckt und sich überhaupt um die gewerkschaftliche Organisation und Bewegung nicht kümmert, so erscheinen unsere 14000 Mitglieder als eine Macht, die nicht zu unterschätzen ist. Sie ist berufen, den von unserer Organisation vertretenen Grundgedanken in immer weiteren Kreisen Eingang zu verschaffen, mit diesen Grundgedanken die ganze gewerkschaftliche Bewegung der Maurer Deutschlands zu beherrschen und in den mit dem Unternehmertum zu führenden Kämpfen in erster Reihe zu stehen und den Ausschlag zu geben.

Der Verband würde ohne Zweifel jetzt schon mindestens die doppelte Zahl von Mitgliedern haben; wenn nicht die Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse so vielen Kollegen es tatsächlich unmöglich machte, materiellen Verpflichtungen gegen den Verband zu genügen, worauf ja selbstverständlich die Mitgliedschaft sich stützt. Dazu kommt, daß in einigen deutschen Bundesstaaten, wie in Sachsen, die Kollegen durch die polizeiliche Handhabung der Vereinsgesetze abgehalten werden, sich dem Verbande in der Weise anzuschließen, daß sie Zahlstellen errichten.

Nimmt man Alles das zusammen, so ist man berechtigt, die Entwicklung, welche der Verband bis jetzt genommen hat, als eine verhältnismäßig recht günstige zu bezeichnen. Was in der kurzen Zeit von fünfzehn Monaten unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen geleistet werden konnte, das ist geleistet worden. Jedenfalls ist der Verbandsleitung das Zeugnis auszustellen, daß sie die ihr übertragenen Pflichten nach Möglichkeit erfüllt hat. Wir wissen ja, es werden auf dem Verbandstage von gewisser Seite Tadel gegen sie ausgesprochen werden. Leute, die aus irgend welchen Gründen unzufrieden sind mit der Leitung, wird es immer geben. Der ist ein Thor, der glauben könnte, die Leiter einer gewerkschaftlichen Organisation vermöchten, Allen es recht zu machen. Aber was verlangt werden muß, das ist, daß Angriffe auf die Leiter nicht aus unklarer Motiven unternommen werden, aus persönlicher Geßelligkeit zumal, wie es leider so oft geschieht. Sollten derartige Angriffe kommen, so wird, davon sind wir überzeugt, der Verbandstag sich mit ihren Urhebern abzufinden verstehen.

Die große Aufgabe der Vertreter der Verbandsmitglieder ist, dafür zu sorgen, daß die junge Organisation erstarke und wachse, daß das Vertrauen zu ihr verbreitet und

gefestigt wird. Diejenigen Delegierten würden an dieser Aufgabe nicht mitwirken, welche schon jetzt tiefegehende Ueberlegungen durchzuführen möchten. Man zerrt und reißt an einem jungen Baume nicht wüst herum, man pflegt ihn verständlich und läßt ihn im Uebrigen frei aus sich selbst heraus entwickeln. Da ist z. B. die Frage der Verlegung der Verbandsleitung und des Organs nach einem anderen Orte. Man darf uns glauben, wenn wir versichern, daß wir ein persönliches Interesse an der Entscheidung dieser Frage nicht haben; persönlich kann es uns gleichgültig sein, ob Leitung und Organ hier in Hamburg oder an einem anderen Orte sich befinden. Aber das Interesse, welches wir an der Sache haben, bestimmt uns, ernsthaft und ausdrücklich zu warnen vor Experimenten, die nur schädlich wirken können, die insbesondere geeignet sind, das Vertrauen zu gefährden. Wenn schon in alten Organisationen das Experimentieren, welches doch immer nur „die bessere Art des Nörgelns“ ist, sehr gefährlich werden kann, so bewirkt es in jungen Organisationen gewöhnlich, daß sie von der Schwindsucht befallen werden. „Das Kind muß in andere Luft“ und dabei geht ihm die Luft aus.

Indem wir den Delegierten zum Verbandstage ein herzliches „Glück auf“ zuzufen, geben wir uns der Ueberzeugung hin, daß ihre Arbeiten der jungen Organisation zum Segen gereichen werden. Wozu viele Worte? Wozu klingende Phrasen? Freunde, der Worte sind genug gewechselt, laßt uns vernünftige Thaten sehen!

Der schriftliche Lehrvertrag.

Unsere Zünftler versuchen die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Lehrlingsverhältnisse nach Möglichkeit für ihre Interessen auszubeuten. In einer Reihe zünftlerischer Blätter finden wir Belehrungen darüber, wie der Meister die „Vorteile des Lehrvertrages“ am besten sich sichern kann. Es wird da empfohlen, den Lehrvertrag unter allen Umständen schriftlich abzuschließen. Weshalb? Weil der § 131 der Gewerbeordnung bestimmt: „Verläßt ein Lehrling in einem durch dieses Gesetz nicht vorgesehenen Falle die Lehre, so kann der Meister den Anspruch auf Rückkehr des Lehrlings nur geltend machen, wenn der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen ist.“ Die Polizeibehörde kann in diesem Falle auf den innerhalb einer Woche nach dem Austritte des Lehrlings zu stellenden Antrag des Lehrherrn den Lehrling anhalten, so lange in der Lehre zu bleiben, als durch Urteil des Gewerbegerichts (soweit nicht die Zuständigkeit einer Innung begründet ist) das Lehrverhältnis nicht für aufgelöst erklärt ist. Im Falle der Weigerung kann die Polizeibehörde den Lehrling zwangsweise zurückzuführen lassen oder durch Androhung von Geldstrafe bis zu Mk. 50 oder Haft bis zu fünf Tagen zur Rückkehr ihn anhalten.

Unter Hinweis auf diese gesetzlichen Bestimmungen werden in der „Allgemeinen Handwerkerzeitung“ weiter folgende Rathschläge ertheilt:

„Vor allen Dingen sei darauf hingewiesen, daß eine Probezeit, bis zu dreizehn Wochen gesetzlich gestattet ist.

Wir halten eine Probezeit für unumgänglich notwendig; hauptsächlich deshalb, um zu untersuchen, ob des Lehrlings förderlicher Zustand eine dauernde Beschäftigung in unserem Handwerk zuläßt. — Gewöhnlich wird eine Probezeit festgelegt, vorher jedoch, — gleich beim Antritt der Lehre, soll der Lehrvertrag abgeschlossen werden, damit der Lehrling für alle Fälle vor Schaden bewahrt bleibe. — Im Falle der Untauglichkeit erfolgt der Austritt nach der Probezeit, ohne daß eine Entschädigung gezahlt wird. Andererseits ist es aber auch vorgekommen, daß die Eltern ihren Sohn zurücknehmen, trotzdem derselbe tauglich ist, und für solche Fälle soll der Lehrvertrag gleich bei Antritt der Lehre abgeschlossen sein. — Die Entschädigung, welche in diesem Falle gezahlt werden soll, muß deshalb in einem besonderen Paragraphen bestimmt sein.

„In den ersten anderthalb Jahren hat der Lehrmeister auch bei den besten Fähigkeiten des Lehrlings Schaden, einmal weil dieser den Lohn, den er in Saar oder in Form von Naturalien erhält, nicht verdient, dann weil er in seiner Unwissenheit manches verdirbt und sonstigen Schaden anrichtet. — In den folgenden anderthalb Jahren dürfte der Meister auf seine Kosten kommen und erst im vierten Jahre einen entsprechenden Nutzen haben.“ (?)

„Unter vier Jahren und ohne Lehrgeld einen Lehrling anzukommen, halten wir überhaupt für einen Fehler! (11) Die Entschädigung, welche ein Meister zu verlangen hat, muß sich infolge dessen nach der Zeit richten, welche der entlassene Lehrling hinter sich hat; sie ist im ersten Jahre am niedrigsten, steigt im zweiten und dritten, und erreicht im vierten Jahre ihren Höhepunkt. Jedoch bleibt es jedem unversehrt, eine feste Summe für alle Fälle festzusetzen, einerlei wann die ungesetzmäßige Lösung des Lehrverhältnisses erfolgt. Diese Summe kann verlangt werden für jede auf den Tag des Vertragsbruches folgende Woche der Lehrzeit, höchstens aber auf sechs Monate.“

„Wird ein Lehrgeld vereinbart, so ist möglichst darauf zu sehen, daß die Hälfte desselben im ersten Jahre, ein Viertel nach Ablauf der Hälfte, der Rest am Schluß der Lehrzeit gezahlt wird.“

„Ob und in welcher Art Lohn gegeben wird, ist selbstverständlich anzugeben; ebenfalls liegt man einen Paragraphen einzuschalten, der den Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule oder einer sonstigen Gewerbeschule vorschreibt.“

„Seitdem mit unsrer Kranken-Assecuranz und das Alters- und Invaliditätsgesetz haben, ist es rathsam, genau festzusetzen, von wann die Ansprüche des Lehrlings an den Beiträgen gezahlt werden. Auch hierüber sind Streitigkeiten zwischen Kontrahenten genug vorgekommen, meistens um Nachteil des Meisters, der die Einzelbeträge verauslagte und nachher das Nachsehen hatte.“

„Im übrigen bleibt zu erwähnen, ob bei vorkommenden Krankheitsfällen, welche den Lehrling der Arbeit auf längere Zeit entziehen, derselbe diese Zeit nachzulernen hat.“

„Ein Lehrvertrag muß also schriftlich abgefaßt sein, sonst haben alle die oben angeführten Vorichtsmaßregeln keinen Zweck; der Meister ist im anderen Falle niemals berechtigt, irgendwelche Entschädigungsansprüche geltend zu machen.“

„Der Lehrvertrag muß enthalten: Die Dauer der Lehrzeit, die Dauer der Probezeit, den Paragraphen wegen Lohn und Beschäftigung, wegen Besuch der genannten Schulen, wegen der aus dem Krankentafel, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz resultierenden Beiträge; bezüglich des Krankentafels, den Entschädigungsparagraphen und die Bestimmung wegen der Zahlung eines Lehrgeldes und der Höhe desselben.“

„In diese Rathschläge knüpft die „Allgemeine Handwerker-Zeitung“ mit der ihr eigenen künstlerischen Unbefangenheit folgende Bemerkungen:

„Alle Lehrverhältnisse, welche auf der gegebenen Grundlage eines solchen Lehrvertrages abgeschlossen sind, geben die Gewähr einer geregelten Entwicklung und tragen insofern auch dazu bei, die allgemeinen Verhältnisse unseres Erwerbslebens zu verbessern.“ (?)

„Alle diejenigen Lehrlinge aber, deren Eltern sich nicht mehr auf Abfassung eines Lehrvertrages einlassen wollen, sind als unrichtige Kandidaten zu betrachten und lieber zurückzuweisen, als daß man sich mit ihnen eine Menge Sorgen und Kummer auslaset, da bei den meisten Lehrverhältnissen die Meister so wie so die Leidtragenden sind.“ (?)

„Tavohl, die „Leidtragenden“, aber in der übergroßen Mehrzahl der Fälle durch eigene Schuld! Mehr vielen Väter haben viele Meister, wenn der Lehrling unverantwortliche Ausbeutung, schlechte Behandlung, sich nicht gefallen lassen will.“

„Wer kann es Eltern, die sich ihrer Pflichten gegen ihr Kind bewußt sind, verdenken, wenn sie auf Abfassung eines schriftlichen Lehrvertrages vorstehend skizzirter Art sich nicht einlassen wollen? Unter allen Umständen sollten Eltern und Vormünder darauf bestehen, daß die äußerst längste gesetzliche Probezeit (13 Wochen) innegehalten wird. Aber unter keinen Umständen sollten sie sich herbeilassen, den Lehrvertrag gleich beim Antritt der Lehre, vor beendeter Probezeit abzuschließen. Es handelt sich doch nach vernünftigen und rechtem Ermeßen nicht nur darum, Gewißheit zu erhalten, ob der Lehrling tauglich ist zur Erlernung des Handwerks, sondern auch darum, sich möglichst zu überzeugen, ob der Meister etwas taugt, ob er ein anständiger Mensch ist oder nicht, denn man mit gutem Gewissen einen Lehrling anvertrauen könnte.“

„Soll ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen werden, so ist dabei seitens der Eltern oder des Vormundes des Lehrlings mit größter Vorsicht zu verfahren. Insbesondere auf einen Punkt möchten wir die Aufmerksamkeit lenken:

„Handwerkslehrlinge genießen nicht, wie die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter in den Fabriken einen gesetzlichen Schutz gegen maßlose Ausbeutung. Deshalb sollten Eltern und Vormünder darauf bedacht sein, dem jungen Manne, den sie in die Lehre geben, im Lehrvertrag einen Schutz zu sichern. Der Meister hat sich zu verpflichten, den Lehrling nicht länger als eine bestimmte Anzahl von Stunden täglich zu beschäftigen. Für einen jungen Menschen z. B., der eben die Schule verläßt, sind acht Stunden Arbeit pro Tag in der Werkstätte oder auf dem Bau mehr als genug. Es kann vorgeesehen werden, daß mit dem Fortschreiten der Lehre die Dauer der Arbeitszeit entsprechend zu verlängern ist. Unter allen Umständen aber ist eine Maximalzeit festzusetzen. Denn es ist geradezu ein unerhörter Skandal, wenn von so vielen Meistern an der jugendlichen Arbeitskraft des Lehrlings getrevelt wird. Auch dazu muß

im Lehrvertrag der Meister verpflichtet werden, daß er dem Lehrling entsprechende Essens- und Ruhepausen gewährt. Nicht minder dazu, den Lehrling an Sonn- und Festtagen nicht zu beschäftigen, sowie dazu, ihn nicht zu häuslichen Verrichtungen, als Küchen- oder Kindsknecht u. zu verwenden.“

„Werden diese Punkte in einem schriftlichen Lehrvertrage nicht berücksichtigt, so ist der Lehrling unter Umständen der schlimmsten Ausbeutung und Knechtung schutzlos preisgegeben. Sucht der Lehrling sich, derselben durch Austritt aus der Lehre zu entziehen, so kann er von der Polizei durch Anwendung von Gewalt und Strafen zur Fortsetzung derselben gezwungen werden. Zwar kann das Lehrverhältnis gelöst werden, wenn bei Fortsetzung der Arbeit die Gesundheit des Lehrlings einer erweislichen Gefahr ausgesetzt ist. Aber es dürfte schwierig sein in vielen Fällen, den Nachweis, daß dieses der Fall, so zu erbringen, wie erforderlich, um das Lehrverhältnis daraufhin aufzuheben.“

„Die künstlerische Unverschämtheit in höchster Vollendung spricht aus dem Vorschlage: unter vier Jahren und ohne Lehrgeld überhaupt keinen Lehrling anzulernen. Es ist begreiflich, wenn ein Meister, der kein Lehrgeld erhält, wohl gar noch dem Lehrling Kost und Logis giebt, auf eine etwas längere Lehrzeit besteht, obwohl das in der Mehrzahl der Fälle auch kaum gerechtfertigt ist. Es ist eine alberne Lüge, die das Zünftlerorgan aufsticht, daß der Meister erst im vierten Jahre einen entsprechenden Nutzen vom Lehrling hat. Daß das eine Lüge ist, geht am besten hervor aus der Thatsache, daß so viele blödsinnige Meister die Lehrlingszuchterei en gros betreiben. Mindestens vier Jahre Lehrzeit und Lehrgeld dazu zu fordern, das geht denn doch über die Sufchnur. Fast könnte man auf den Gedanken kommen, das zünftlerische Organ habe es darauf abgesehen, die schon in weiten Kreisen vorhandene Antipathie gegen die Handwerkslehre zu verstärken.“

„Was die Frage anlangt, ob es zulässig erscheint, bei vorkommenden Krankheiten, welche den Lehrling der Arbeit auf längere Zeit entziehen, denselben diese Zeit nachzulernen zu lassen, so ist darauf nur ein entschiedenes „Nein“ zu antworten. In der Mehrzahl der Fälle zieht sich, wie Jeder im Handwerk Bescheid Wissende zugeben wird, der Lehrling Krankheiten im Dienste des Meisters zu. Im Interesse des Lehrherrn muß er nur zu oft seine Gesundheit opfern, und dafür soll er dann obendrein noch nachzulernen, natürlich auch nur im Interesse des Lehrherrn. Auf eine Bestimmung dieser Art sollten die einen Lehrvertrag abschließenden Eltern oder Vormünder sich nicht einlassen.“

„Ein rechtschaffener Meister, der's ehrlich

Ein Bild von der Größe Chicagos.

Der Name Chicago ist in Aller Munde. Soll doch in dieser Nielsenstadt demnach die internationale Columbiade Weltausstellung abgehalten werden. Noch vor 100 Jahren war der Grund und Boden, welchen die heutige Stadt bedeckt, eine wüste Wüste — ein nahezu undurchdringlicher Morast, ein Sumpfland, von mildem Niedrigfl. überzogen, hier und dort Baumgruppen, von Eichen und Ahorn gebildet, aus der Einside hervortragend. Im Jahre 1803 errichtete die junge Regierung der Vereinigten Staaten dort ein Fort, um welches herum ein Dorf entstand. Noch im Jahre 1818 war Chicago Dorf, allerdings schon ein recht blühendes. Im Jahre 1832 erhielt Chicago den Charakter einer Stadt; es zählte damals 4170 Einwohner. Das seitdem verfloßene halbe Jahrhundert hat die Stadt in einem beispiellosen Maße wachsen sehen. 1850 zählte man 29 980 Einwohner und im vorliegenden Jahre 1 098 576. Der kürzlich erschienene, 19. Jahresbericht des städtischen Departements für öffentliche Arbeiten entwirft ein Bild von der Großartigkeit dieses städtischen Gemeinwesens.

Wir theilen aus diesem Bericht das folgende mit: Zunächst sei konstatiert, daß unsere vollstreckte Stadt, deren Einwohnerzahl sich nach der Rate von 100 000 per Jahr vermehrt, gegenwärtig ein Areal von 181 1/2 Quadratmeilen oder 116 320 Ader bedeckt, welches von Straßen mit einer Gesamtlänge von 4362 Meilen, von denen allerdings noch 1558 Meilen im Ursprung sich befinden und erst 775 Meilen gepflastert sind, durchzogen wird. Von diesen 775 Meilen gepflasteter Straßen, deren 117,50 im Laufe des Jahres 1891 hergestellt wurden, entfallen 157,41 auf die Nordseite, 334,84 auf die Süd- und 280,14 auf die Westseite, während die Gesamtlänge der gepflasterten Brückenzüge 2,87 Meilen beträgt. Zur Erhaltung der Straßen haben die acht Straßenbahn-Gesellschaften, welche sich die Verödigung der Chicagoer Bürger und deren Angehörigen angelegen sein lassen, in beträchtlichem Maße beigetragen, und zwar im

Jahre 1891, von welchem der Bericht handelt, in folgender Ausdehnung:

Die Länge der Geleise beträgt:	
„North Chicago Street Railroad Co.“	81,68 Meilen.
„Chicago City Railroad Co.“	148,12 „
„West Chicago Street R. Co.“	142,89 „
„Columet Electric Street R. Co.“	4,05 „
„Cicero & Proviso Electric Ry. Co.“	4,80 „
„Chicago & South Side Rapid Transit Co.“ (Hochbahn)	3,30 „
„West Lake Street Elevated Railroad Co.“	1,05 „
„South Chicago City Ry. Co.“	5,98 „

Gesamtlänge der Geleise 391,47 Meilen. Reparaturen des zwischen ihren Geleisen liegenden Straßenpflasters ließen vornehmen in einer Länge von: 77,544 Cu.-Yds. die „Chicago City R. Co.“ 167,48 „ „ „ „ „ „ „ „ 74 900 „ „ „ „ „ „ „ „ 168,892 Cu.-Yds. zusammen.

Für die Reinigung von 7160,50 Meilen Straßen bezahlte die Stadt die Kleinigkeit von Doll. 218 047,15, oder Doll. 27,50 per Meile.

Die nothwendig gewordenen Reparaturen an Viadukten und Brücken veranschlagen die Summe von Doll. 124 531,31.

Die Gesamtlänge der Trottoirs beträgt 2 515 205 Meilen. Davon bestehen 2249,95 Meilen aus Holz, 193 93 Meilen aus Stein und 88,125 aus „Konkrete“.

„Da ein großes Gemeinwesen ohne Licht — und sei es auch nur ein ganz bescheidenes, unheimlich flackerndes — nicht zu bestehen vermag, vornehmlich der zahlreichen, schauerlichen Stimpfe, welche sich innerhalb der Stadt ausbreiten, wegen, so haben wir an unseren Straßen und Gassen 88 784 Lampen, deren Unterhaltung eine Summe von Doll. 776 664,66 verschlang. Und zwar vertheilt sich diese Summe folgendermaßen: Für 25 059 Gaslampen wurden verausgabt Doll. 414 884,74 für 11 855 Oellampen Doll. 182 683,70 und für 1181 elektrische Lichter Doll. 108 127,32. Daß es trotz der vielen Lampen nicht heller geworden ist in den Straßen der Chicagoer Bürger, ist wohl nicht die Schuld des

Departements, obgleich allmählich eine große Anzahl Straßenlaternen sich eben dadurch bemerkbar macht, daß sie nicht brennt.“

„Wenn auch die Straßenpflasterung, Reinigung und Beleuchtung Vieles zu wünschen übrig läßt, so kann sich der Seehandel Chicagos wenigstens sehen lassen. Im Laufe des Jahres 1891 sind im hiesigen Hafen 9803 Schiffe mit einem Tonnengehalt von 5 439 774 Tonnen ein und 9878 Schiffe mit einem Tonnengehalt von 6 423 184 Tonnen ausgelaufen.“

„Ueber die gegenwärtige Ausdehnung unseres Wasserleitungssystems dürften folgende Daten von Interesse sein: Die Abfließleitungen in einem Durchmesser von 4 bis 48 Zoll wurden in dem genannten Jahre um 130,97 Meilen verlängert, so daß ihre Gesamtlänge jetzt 1346,75 Meilen beträgt. Die Zahl der Wasserventile wurde um 1110 vermehrt und beträgt jetzt 9739. Unserer Feuerwehr stehen bei etwaigen Löscharbeiten 13 411 Hydranten und 54 Cisternen zur Verfügung und 181 398 in Privatwohnungen angebrachte Wasserhähnen dienen den privaten Bedürfnissen der Bewohner. Zweihundertzwanzig Pumpwerke haben im Durchschnitt täglich 174 000 000 Gallonen jener sonderbaren Flüssigkeit gepumpt, die man nicht ohne Ansting von Galle und Bitterkeit mit dem Namen Wasser beehrt. Die Gesamtkapazität unserer Wasserwerke beträgt 260 000 000 Gallonen täglich. Die Unterhaltung der Wasserwerke während des genannten Rechnungsjahres verschlang die Summe von Doll. 3 542 722,82, welche durch die Einnahme im Betrage von Doll. 4 083 850,22 mehr als gedeckt wurde.“

„Zeit dem 6. Mai 1891, an welchem Tage die Wasserwerke von dem Departement übernommen wurden, bis zum 31. Dezember 1891 haben dieselben Ausgaben in der Höhe von Doll. 19 061 278,42 verursacht.“

„Von dem neuen Viermeilen-Tunnel waren am 1. Jan. noch 4339 Fuß, von dem Lake View Tunnel“ noch 4737 Fuß unvollendet.“

„Das Abzugskanalssystem, welches aus Abzugsröhren und Kanälen mit Durchmesser von 9 Zoll bis 7 Fuß besteht, wurde im letzten Jahre um 103 683 Meilen verlängert und um 2979 Sammelbeden, deren Zahl jetzt

meint mit dem Lehrlinge und seine Pflicht gegen ihn erfüllt, ihn anständig behandelt, wird eben darin die sicherste Garantie sehen, daß auch der Lehrling seiner Pflicht genügt, wird in der Regel — von ganz besonderen Verhältnissen abgesehen — dem schriftlichen Lehrvertrag keine entscheidende Bedeutung beimessen. Nur solche Meister, die von der Voraussetzung ausgehen, sich die Lehrlingsausbeutung möglichst zu sichern, vorgehen auf schriftlichen Vertrag, der von der „Allgemeinen Handwerker-Zeitung“ vorgeschlagene Art, zu bestehen, wobei sie darauf spekulieren, daß derselbe in hübsch säuberlich gedruckten Formularen vorliegend, nicht auf Einwendungen seitens der Eltern oder Vormünder stoßt.

Nochmals: Große Vorsticht sollen Diejenigen, welche für den Lehrling den Vertrag abzuschließen haben, dabei beobachten. Sie sollen sich über Charakter, Fähigkeiten, wirtschaftliche und häusliche Verhältnisse des Lehrherrn erst genau unterrichten; sie sollen sich nicht dabei beruhigen, daß der Meister im Vertrag versichert: dem Lehrling eine gute Ausbildung zu Theil werden lassen zu wollen u.; nein, sie sollen die berechtigten Interessen des Lehrlings nach jeder Seite hin sicherstellen. Soll schon ein schriftlicher Lehrvertrag sein, so sei er kein Vertrag zur Ueberantwortung des Lehrlings in mehrjährige Knechtschaft, sondern ein wahrer Rechts- und Schutzvertrag.

Lehrverträge, die im Geiste der „Allgemeinen Handwerker-Zeitung“ gehalten sind, können niemals eine gesunde Grundlage für das Verhältnis zwischen Meister und Lehrling abgeben. Sie sind vom Geiste eines Mißtrauens diktiert, für welches die Masse des Lehrherrnthums selbst die Verantwortung zu tragen hat.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

• Eine empfehlenswerthe Maßnahme traf der Augsburger Magistrat, indem er unter Hinweis auf § 115 a der Gewerbeordnung verordnete, daß in der Regel Wirtschaften über sonstige Geschäftsführer oder Verkaufsstellen zur Vornahme von Vorarbeiten und Leistungen nicht berührt werden dürfen, und daß eine Abweichung von dieser Regel nur mit besonderer polizeilicher Genehmigung zulässig ist. Eine solche — stets widerrufliche — Genehmigung wird, wie es in der Bekanntmachung heißt, nur in seltenen Ausnahmefällen erteilt werden.

• Ueber günstige Erfolge, welche mit der Vertiefung der Arbeitszeit erzielt werden, berichtet einige Handelskammern. So schreibt die Handelskammer von Karlsruhe in ihrem letzten Jahresberichte: „Die Arbeiterzahl der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei zu Tillingen betrug 1200. Die Arbeitszeit wurde im Hinblick auf die am 1. April 1892 in Kraft tretende Novelle zu Titel VII der Gewerbeordnung in der Weberei bereits auf 11 Stunden erhöht, ohne daß dadurch ein Lohnausfall konstatirt werden konnte; da die im Stillstand arbeitenden Arbeiter die ausfallende Stunde durch intensiveren Thätigkeit einzubringen im Stande waren, während die Tagelöhne für 11 Stunden gleich wie vor-

her für 12 Stunden zur Auszahlung gelangten.“ In dem vor Kurzem erschienen Jahresbericht der Handelskammer zu Frankfurt a. M. heißt es: „In Betreff der Arbeiterverhältnisse (in den Schriftgiebereien) wird berichtet, daß an geschulten Arbeitern trotz guter Bezahlung, welche die in vielen anderen Gewerbszweigen sogar erheblich überwiegt, fortwährend Mangel herrscht. Andererseits wird ausgeprochen; daß man mit dem in einem Theil der Schriftgiebereien eingeführten neunstündigen Arbeitstag befriedigende Erfahrungen gemacht habe.“ Derselben Erfahrungen mit der Vertiefung der Arbeitszeit sind schon früher gemacht worden in Oesterreich und der Schweiz, in England, Amerika und Australien.

• Wozu ist das Gesetz da, — so müssen wir fragen — wenn über den klaren und unzweideutigen Wortlaut desselben ein Minister erst „Entscheidung“ treffen muß? Einer Berliner Mittheilung nach hat der Minister für Handel und Gewerbe entschieden, daß der Ausnahme einer Bestimmung in die Arbeitsordnung (§ 134 a der Gewerbeordnung), wonach das Arbeitsverhältnis gleichmäßig von Arbeitgeber und Arbeiter ohne Zustimmung jedeszeit gelöst werden kann, gesetzliche Hindernisse nicht entgegenstehen.

Daran hat bis heute noch kein Mensch, der das Gesetz kennt, gezwweifelt. Und diejenigen, die das Gesetz nicht kennen, sind einfach auf daselbe zu verweisen, zumal die betreffenden Bestimmungen eine verschiedene Auffassung garricht zulassen.

• Eine Bestimmung der Ausführungsanweisung zur Gewerbeordnungsnovelle war vielleicht dahin verstanden worden, daß nach § 134 a Abs. 2 wegen rechtswidriger Auflösung des Arbeitsvertrages vermittelte Lohnbeträge ebenso zum Besten der Arbeiter verwendet werden müßten, wie solche bezüglich der nach den Arbeitsordnungen verwirkten Strafgebühren in § 134 a Abs. 2 ausdrücklich bestimmt ist. Der Nordd. Allgem. Zeitung zufolge wird jedoch in einem Erlasse des Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. Juni diese Annahme als nicht gesetzlich begründet erklärt. Zwar sei die Bestimmung in § 134 b Abs. 1 Biffer 5, nach welcher die Arbeitsordnung über die Verwendung der vermittelten Lohnbeträge Bestimmung treffen müsse, auf das Bestehen zurückzuführen, den Arbeitgebern nahe zu legen, die gebachten Beträge den für die Arbeiter bestehenden Wohlfahrts-einrichtungen zu überweisen, was auch der Bericht der Reichstagskommission erkennen lasse, indessen könne die Aufnahme einer entsprechenden Vorschrift in die Arbeitsordnung auf Grund des § 134 f. a. a. D. gegen den Willen der Fabrikbesitzer nicht verlangt werden; es sind demgemäß die unteren mit der Ausführung der Gewerbeordnung beauftragten Behörden mit Umweilung versehen worden.

• Die deutsch-freimünne Partei will sich um die Arbeiter verdient machen, wie aus folgender Zeitungsnotiz ersichtlich:

„Um den freien Hülfsklassen bei den Änderungen, welche ihre Einrichtungen in Folge der am 1. Januar 1893 in Kraft tretenden Novelle zum Kranken-Versicherungsgesetz bedürfen, beifällig zu sein, ist eine Kommission zusammengetreten, die aus folgenden Herren besteht: Rechtsanwalt Dr. Friedemann, Reichstagsabgeordneter Max Hirsch, Rechtsanwalt Dr. Meißelsohn, Reichstagsabg. Dr. Padnitz, Adv. Richter, Reichstagsabg. Schend, Reichstagsabg. Schrader, Kolonial-Minister Würgel, sämtlich in Berlin; Reichstagsabg. Dr. Gutfisch in Gießen, Reichstagsabg. Dr. Schneider in Potsdam und Fabrikant Heinrich Hirsch in Frankfurt a. M. Die Kommission ist bereit, den Hülfsklassen Rath und Material bezüglich der Veränderungen der Statuten, der notwendig werden Einrichtung des ärztlichen Dienstes, der an Behörden zu richtenden Eingaben u. unentgeltlich zu gewähren. Anträge auf Weisung der Kommission sind an den Geschäftsführer Herrn Rechtsanwalt Dr. Meißelsohn in Berlin W., Leipzigerstr. 33, zu adressiren.“

Sämtliche der hier genannten Herren gehören der deutsch-freimünne Partei an. In der Regel dürfte es wohl der Fall sein, daß die Vertreter der freien Hülfsklassen über das, was an Veränderungen für die Klassen nötig ist, mindestens so gut Bescheid wissen, wie einer der genannten Herren.

• Hat der Staatsbeamte staatsbürgerliche Rechte? Der „Vorwärts“ ist in der Frage, folgendes „vertrauliche Rundschreiben“ des Reichspostamts, dritte Abtheilung, Berlin, zu veröffentlichen: Vertraulich.

Reichs-Postamt. III. Abtheilung.

Nach einer Angabe in der Nr. 6 der „Zeitschrift des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten“ vom 1. Juni soll am 5. und 6. August in Berlin ein Verbandstag abgehalten werden. Ein Hochwohlgeborenen wollen geeignete Vorkahrungen treffen, daß etwaige Versuche von Beamten, an dieser Versammlung Theil zu nehmen, thunlichst vereitelt werden, und daß insbesondere der etwa bereits erteilte Erlaubnisurlaub nicht dazu benutzt werde, die Betheiligung an der Versammlung zu ermöglichen.

An den Kaiser. Ober-Postdirektor Herrn N. N. Hochwohlgeborenen in X. Eigenhändig.

Dieser Herr beweißt wieder einmal, daß im Zeitalter der bürgerlichen Sozialreform der Beamte von seinen Vorgesetzten an der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte verhindert wird. Ganz gewiß wird das bewirken, daß die von dem Man, betroffenen Beamten wahre Muster von „zufriedenen“ Menschenkindern werden.

• Der Unfug der Kriegervereine, Mitglieder deshalb auszuschließen, weil sie sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen angehören, wird fortgesetzt. Die Kriegervereine glauben damit am besten ihren sogenannten „Patriotismus“ beweisen zu können. So hat der Vorstand des Kriegervereins zu Celle an etwa 30 seiner Mitglieder folgendes Schreiben gerichtet: „Sie haben vor einiger Zeit dem unterzeichneten

Bereinsvorstehenden gegenüber zugegeben, daß Sie dem Verein für vollstänliche Wahlen“ angehören und versprochen, Ihren allwichtigen Austritt aus demselben zu bewirken und die schriftliche Bescheinigung hierüber dem Vorstande vorzulegen.

Da dies indessen bislang nicht geschehen ist, so fordern wir Sie nunmehr auf, dies bis Ende dieses Monats zu thun, widrigenfalls wir uns zu unserem Bedauern gezwungen sehen, Ihre Ausschließung aus dem Kriegervereine mit allen sühnensmäßigen Folgen zu veranlassen.“

Einige Mitglieder sollen auch aufgefordert worden sein, aus dem Maurer- resp. Zimmerer-Verein auszutreten.

Hoffentlich trägt dieses Vorgehen, welches selbst die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation nicht respektirt, dazu bei, daß bald kein berufstätiger, ehelicher Arbeiter einem Kriegervereine mehr angehört.

Ueber die Arbeiten am Nordostkanal.

Bringt der Jahresbericht der Kieler Handelskammer eine Reihe von interessanten Mittheilungen; denen wir Folgendes entnehmen:

Die Hauptschwierigkeit bei den Erarbeiten, welche sich aus Rücksichten für die Erhaltung der Schiffbarkeit des alten Eiderkanals ergeben, ist zum Theil überunden, und es konnte infolge des rüstigen Fortschritts der Erarbeiten auf der Strecke von Königsförde bis Lebensau und in dem großen Durchstich bei Projensdorf die für den Anfang des Jahres 1892 vorgesehene Senkung der Schwellenstrecke des Eiderkanals bis auf Ordinate 24,40 programmmäßig erfolgen, und an Stelle der eingehenden alten Kanalstrecke das Bett des Nordostkanals für die Schifffahrt in Benutzung genommen werden. In Folge dieser Senkung ist eine einheitliche Haltung des Wasserpiegels zwischen den Schleusen bei Klusenstiel und Knop hergestellt und es sind die Schleusen bei Rahnmannsdorf und Königsförde außer Betrieb gesetzt. Die hierdurch notwendige Anlage der provisorischen Ueberführung der Kiel-Eiderförder Chaussee über den Kanal ist fertig gestellt und in Betrieb genommen. Bei den Arbeiten sind durchweg thätig gewesen: 90 Lokomotiven, 2473 Transportwagen, 66 Dampfzuger, 133 Schlepplampfen und Prähme, 55 Dampfmaschinen, 6 Dampftrassen, 16 Dampfhand-Bohrmaschinen, 4 Maschinen zur Beton- und Mörtelbereitung, 1496 Aufsichtsbearbeiter und Handwerker (ausgenommen das Aufsichtspersonal der Bauverwaltung), 5618 sonstige Arbeiter, im Ganzen durchschnittlich 7114 Personen. In der eigentlichen Bauperiode von April bis November wurden durchschnittlich 8042 Personen beschäftigt, während von Dezember bis einschließlich März nur 6258 Personen thätig waren.

Mit den Erarbeiten schreiten die Arbeiten zur Herstellung der Uferbedämme thätig weiter und werden so gefördert, daß die Ausführung möglichst im Fortschreiten erfolgen kann. Neben den längs des ganzen Kanals vorgesehene Uferbedämmen sind, im spätere Aufnahmen nach Möglichkeit zu vermeiden, die aus letzteren Bodenarten bestehenden Uferwandungen mit größerem Material abgedeckt, womit im letzten Jahre begonnen ist. Die Arbeiten zu den Hafen- und Schienenbauwerken schreiten programmmäßig fort. Die Firma C. Wering hat die Arbeiten zur Fertigstellung der Mauerwerk des Binnenhafens an den Eiderhöfen thätig gefördert und die Kaimauer an der südöstlichen Seite nahezu vollendet. Die Betonfüllungen von rund 70 000 Kubm. mußten im August fertig gestellt werden; Anfang April d. J. wurde mit der Herstellung des Mauerwerks zu den Schleusen begonnen. In diesem Jahre sind ferner die Erdgründungs- und Mauerarbeiten, sowie die Lieferung eines Theiles der Materialen zur Herstellung der Molen und der Vorhafenmauern einschließlich eines Theiles des Vorhafens bei Brunsbüttelhofen in öffentlicher Ausschreibung an die Firma C. Wering-Hannover-Hamburg vergeben worden. Die genannte Firma hat am 14. März d. J. mit dem Ausbau der Baugrube für die östliche außenbeidseitige belegene Mauer begonnen. Die Arbeiten zur Schleuse bei Holtensau sind in Tag- und Nachtbetrieb nicht minder eifrig, wie diejenigen für die Eiderhöfen bei Brunsbüttelhofen gefördert. Der Erdausbau zu der Schleuse bei Rendsburg ist nahezu fertiggestellt und mit dem westlichen Ende der Baugrube begonnen worden. Ferner wurden die Arbeiten und Leistungen zur Herstellung der Burggraben- und Wehrschleuse nahezu vollendet und diejenigen für die beiden Sperrschleusen bei Klusenstiel, sowie zur Ganerkaufschleuse vergeben. Von den Wäsche- und Ladeplätze ist derjenige bei Odenbüttel bereits fertig, während solche bei Westerrönsfeld und Sehestedt in der Ausführung begriffen sind.

Von den über den Nordostkanal anzulegenden Brücken ist die Hochbrücke bei Grünthal nahezu vollendet. Die Arbeiten zur Eisenbahnbrücke über die Obererde bei Rendsburg sind verbunden, und ist mit den Erd-, Gründungs- und Mauerarbeiten die Firma W. Holzmann & Co. in Frankfurt a. M., mit der Herstellung des eisernen Unterbaues der Maschinenantriebsgesellschaft Nürnberg betraut worden. In den beiden Eisenbahndrehbrücken über den Nordostkanal bei Osterhöfen zur Ueberführung der Staatseisenbahn Mülheimer-Rendsburg und zu der Eisenbahnüberlegung daselbst, sowie zu der Straßenbrücke beim Aufzug-Rendsburg sind die Projekte fertig gestellt: alle vier Brücken sollen bis zum April 1893 fertig gestellt werden. Das Projekt zur Eisenbahndrehbrücke über den Nordostkanal bei Zaterpfahl, welche ebenso wie die Eisenbahndrehbrücke bei Osterhöfen und die Straßenbrücke bei Rendsburg eine Achsenweite von 50 Mtr. anfast der anfangs projectirten 36 Mtr. erhalten wird, ist in der Ausarbeitung begriffen. Das Projekt zur Herstellung einer Eisenbahndrehbrücke bei Miß-Wittenbitt ist sowohl im Interesse der Schifffahrt, als auch der Verkehrsverhältnisse fallen gelassen und wird mit Genehmigung des Herrn Staatssekretärs des Innern an Stelle dieser Drehbrücke eine Hochbrücke bei Lebensau treten. Die Arbeiten zur Herstellung des Spezialprojekts hierfür sind bereits im Gange. Derselbe wird in Kürze dem Regierungspräsi-

30 468 beträgt, vermehrt. Die Zahl der Einsteigschachte wurde um 3736 vermehrt und beläuft sich jetzt auf 37 796. Die Kosten der Abzugskanalreinigung belaufen sich auf Doll. 123 620,44 oder Doll. 139,16 per Meile. Reparaturkosten waren Doll. 29 753,04 oder Doll. 33,49 per Meile. Die Gesamtkosten unseres Abzugskanal-systems belaufen sich bisher auf Doll. 12 498 494,39 oder Doll. 14 069,81 per Meile.

Die Einnahmen des Departements der öffentlichen Arbeiten belaufen sich während des Jahres 1891 auf Doll. 15 771 702 15, denen Ausgaben in der Höhe von Doll. 15 702 521,65 gegenüberstanden, so daß ein Ueberschuß von Doll. 69 180,50 zu verzeichnen war.“

Außerdem dürfen vielleicht folgende Daten, die wir ebenfalls dem Bericht des Kommissärs Ulrich, entnehmen, nicht ohne Interesse sein:

Die öffentliche Schuld Chicagos betief sich am 31. Dezember 1891 auf Doll. 13 545 400. Das städtische Eigenthum soll einen Werth von Doll. 37 690 876,24 repräsentiren, während der Werth des steuerbaren Eigenthums außerordentlich niedriger, nämlich auf Doll. 256 594 574 veranschlagt wurde. In 225 städtischen Schulgebäuden und 77 gemietheten Häusern wurden während des letzten Jahres durchschnittlich 126 826 Kinder unterrichtet, während 70 552 in Privatschulen in die Elementargeheimnisse des Wissens eingeweiht wurden. In den öffentlichen Schulen erhielten 3195, in den Privatschulen 2146 Lehrkräfte Unterricht. Die Zahl der Kirchen beläuft sich gegenwärtig auf 513 und die der Polizeistationen auf 37. Die Kirchen befinden sich also immer noch in der Majorität. Die Polizei hat gegenwärtig eine Stärke von 2298 Mann, welchen 179 Pferde, 15 Patrolwagen und 2 Anschlagwagen zur Verfügung stehen. Unsere Feuerwehr umfaßt 998 Mann, 28 Feuerwagen, 72 Dampfhydranten 2 Feuerböden, 23 chemische Spritzen und 421 Pferde, sowie ein ausgebildetes Alarm-system.

„Unsere öffentlichen Parks umfassen ein Areal von 2597 Ader und unsere Boulevards ein solches von 95 Ader.“

denen zur landespolizeilichen Prüfung vorgelegt werden. Außer den vorbestimmten Bauausführungen sind für die spätere Unterbringung der beim Betriebe anzustellenden Beamten (Safenmeister, Schleusenmeister, Betriebshofverwalter, Fähr- und Brückenwärter) in der vorliegenden Beschäftigungsverordnung zwei Brückenwärtergebäude, vier Fährwärtergebäude und ein Doppelgebäude für Schleusenwärter fertiggestellt. So daß im Ganzen jetzt 26 Gebäude hergestellt sind. Drei weitere Gebäude sind im Bau begriffen. Zur Ausführung von Reparaturen an den Fahrzeugen der kaiserlichen Kanalkommission dient die in Holtztau fertige provisorische Werkstatt, in welcher im letzten Jahre durchschnittlich 40 Arbeiter (Maschinenbauer, Dreher, Schmiede, Zimmerleute und sonstige Arbeiter) beschäftigt wurden. Von den zum Durchlaufen der Schiffe durch den Kanal zu beschaffenden Schleppschiffen, deren Zahl auf 24 veranschlagt ist, sind zwei, die Dampfer 'Berlin' und 'München', bereits angekauft. Die Beschaffung weiterer Schiffe ist zur Erspareung an Kosten für die Besetzung und der notwendigen Unterhaltungskosten vorläufig hinausgeschoben. Zur Bewältigung der mannigfachen für die Aufsicht, Behörde mit diesen großartigen Bauausführungen verbundenen Arbeiten, sowie zur Betriebsführung der Baracken und der sonstigen Einrichtungen waren bei der kaiserlichen Kanalkommission und den derselben unterstellten Dienststellen im laufenden Berichtsjahre durchschnittlich beschäftigt: 8 höhere Verwaltungsbeamte, 57 höhere Baubeamte einschließlich Ingenieure, 4 Landmeister, 51 Bauausseher, 30 Zeichner und Vermessungsgewerkleute, 68 Bureaubeamte, 6 Barackeninspektoren, 61 Barackenverwalter, 68 Schiffs- und Köche, 16 Kranenwärter, 1 Werkmeister und 38 Waggermeister, Schiffsführer und Maschinenisten. Bei der in den letzten Jahren in allen Zweigen des Geschäftslebens eingetretenen Preissteigerung muß auch das in finanzieller Beziehung erzielte Resultat als durchaus günstig bezeichnet werden.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

• **Ueber das Darniederliegen des Baugewerbes in Leipzig** giebt das statistische Amt dieser Stadt zahlungsmäßigen Aufschluß. Während im Jahre 1888 449 Bauten ausgeführt wurden, fielen diese im Jahre 1890 auf 837, betrug 1891 noch 812 und laut 1892 auf 117. Von den im November 1891 leerstehenden 5011 Wohnungen befanden sich 4101 im alten Leipzig und nur 909 in den angegliederten Stadtteilen, bezw. waren in neuerbauten Häusern nur 909 und in alten Häusern 4102 Wohnungen leer. Trotz dem aber ist der Preis eines heizbaren Zimmers im Durchschnitt von M. 122,66 in 1887 auf M. 189,0 in 1891 gestiegen — zur Zeit macht sich nur ein geringer Rückgang des Mietpreises merklich.

Der größte Theil der Leipziger Bauarbeiter ist arbeitslos. Mitten im Sommer! Nach einem arbeitslosen Winter und Frühjahr!

• **Der erste ordentliche Verbandstag** des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hülfsarbeiter fand vom 1. bis 4. August in Braunschweig statt. Die vom Kassirer vorgelegte Abrechnung ergab seit Gründung des Verbandes (1. August 1890 bis dahin 1892) eine Gesamtentnahme von M. 10 476,26 und eine Ausgabe von M. 7852,30, so daß ein bereinigter Kasseebestand von M. 2623,96. Die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses wurden lebhaft besprochen. Von den einzelnen Rednern wurde besonders betont, daß der Verband die Möglichkeit schaffen müsse, daß auch die Arbeiterinnen in denselben aufgenommen werden könnten und somit für die Organisation gewonnen würden. Ferner wurde ausgeführt, es sei kaum möglich, mit anderen Organisationen noch Kartellverträge abzuschließen, da der Verband bereits alle Kategorien der Fabrik- und gewerblichen Hülfsarbeiter umfasse und außer dem Bauarbeiterverband und vereinzelten Sozialvereinen keine anderen verwandten Organisationen existierten. Auch nehme eine Anzahl von Gewerkschaften die nichtgelerten Arbeiter, die mit den gelehrten dieser Gewerkschaften zusammen in Fabriken arbeiten, auch als Mitglieder auf. Wollte der Verband also Kartellverträge abschließen, so müsse er es mit fast allen Gewerkschaften thun, und das sei nicht durchführbar. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: In Erwägung, daß der Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hülfsarbeiter die verschiedenen Kategorien von Arbeitern umfaßt und schon eine Union im engeren Rahmen darstellt, in weiterer Erwägung, daß verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen eine größere Anzahl von Hülfsarbeitern angehört, dem Verbands also Verpflichtungen auferlegt würden, welchen er nicht gewachsen ist, lehnt der Verbandstag die Abschlüsse von Kartellverträgen mit anderen Berufsorganisationen ab, verpflichtete sich jedoch, den Beschlüssen des Halberstädter Kongresses sich in so weit anzuschließen, als es die Weiterentwicklung der Arbeiterorganisationen erheischt. Die Bewilligung des freiwilligen Beitrags an die Generalkommission in Hamburg wurde von Delegirten, die hierzu das Wort nahmen, bestritten, nur solle er nicht durch Kartellverträge aufgebracht werden, da man mit dem Betrieb derartiger Karten überall die schlechtesten Erfahrungen gemacht habe. Ein Antrag, den Quartalsbeitrag an die Generalkommission aus der Hauptliste zu entnehmen, wurde einstimmig angenommen, dagegen ein Antrag, durch Kartellverträgen einen Theil dieses Geldes aufzubringen, abgelehnt.

Weiter wurde beschlossen: die Veranlagung eines obligatorischen eigenen Verbandsorgans nach dem Ertrag zu verlegen, an welchem der Verbandsvorstand seinen Sitz hat, und dasselbe vom 1. Oktober ab erscheinen zu lassen. Eine Resolution der Bahnhalle Hannover, die Arbeiterinnen mit gleichen Rechten und Pflichten wie die männlichen Arbeiter in den Verband aufzunehmen, fand einstimmige Annahme. Dann wurde noch beschlossen, die Absichten von Zentralherbergen dauernd unter einer diesbezüglichen Rubrik zu veröffentlichen. Ferner wird ein Antrag, die Diäten der Delegirten auf M. 9 täglich festzusetzen, mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen.

Als Sitz des Verbandsvorstandes wurde Hannover und als Sitz des Ausschusses Hannover wiederbestimmt. Zur Entschädigung des Vorsitzenden und Kassirers, deren Arbeit für den Verband sich vermehrt hat, werden mehrere Anträge gestellt, beschlossen wurde, dem Vorsitzenden M. 20 und dem Kassirer M. 7,50 wöchentlich zu zahlen. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Bruno Hannover und als Kassirer Wilhelm Hannover einstimmig wiedergewählt. Dergleichen wurde auch der Vertreter des Ausschusses, Hundhausen-Hamburg, wiedergewählt.

Der Verband wird folgenden Namen führen: Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Den Mitgliedern wird, ohne klagbaren Anspruch, Rechtsschutz in allen gewerblichen Streitigkeiten und Reiseunterstützung, letztere nach dreimonatlicher Mitgliedschaft, gewährt; verheirateten Mitgliedern auch in außerordentlichen Nothfällen Unterstützung. Der Beitrag beträgt in Zukunft wöchentlich für männliche Mitglieder 10, für weibliche 5, das Eintrittsgeld 20. An Stelle der bisherigen Extrafsteuer von 5 s für das Vierteljahr wird eine solche von 10 s für das volle Jahr beschlossen.

• **Arbeiterkongress in Frankreich.** Die Buchdrucker hielten ihren Nationalkongress vom 27. bis 30. Juli in der Arbeiterbüchse zu Paris ab. Einleitend in einer Generalversammlung wurde tagt vom 19. bis 23. September in Marseille. Auf der Tagesordnung steht: 1. nationale und internationale Verbindung der Arbeiter und Arbeiterinnen; 2. Generalfreistellerei; 3. direkte Repräsentation des Proletariats in den Parlamenten; 4. der internationale Kongress von 1893; die Manifestation des ersten Mai 1893. In Vorbereitung findet vom 1. bis 4. September ein Kongress der Bauarbeiter statt. Die Tagesordnung enthält u. a. Obligatorische Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle aus Kosten der Unternehmer; Abschaffung jeglicher Akkordarbeit; Wahl von Fabrikinspektoren aus den Kreisen der Arbeiter; Zuziehung von Arbeitern zu hygienischen Kongressen usw.

Die englischen Gewerkschaften waren früher das Schoßkind der deutschen kapitalistischen Zeitungs-schreiber; bei jeder Gelegenheit wurden sie als Vorbild empfohlen, um die Arbeiter der Sozialdemokratie abzuwenigen zu machen. Auch Professoren waren der Ansicht, daß die englischen Gewerkschaftsorganisationen eine Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie bilden. Unser Gemeintheil in England ist der, sagte Professor Murray aus Manchester noch in der Debatte über Arbeitseinstellungen und die Fortbildung des Arbeitsvertrages in der Generalversammlung des Vereines für Sozialpolitik zu Frankfurt a. M., September 1890, daß die Gewerkschaften in England vor einer bössartigen Ausgestaltung des Sozialismus geschützt haben, und auch die Ausführungen des damaligen Referenten stangen in der Ueberzeugung aus, daß jene Form der Organisation der Arbeiter die Gewähr des sozialen Friedens bedeute.

Jene Zuversicht unserer kapitalistischen Presse ist neuerdings durch die in England hervorgetretene Thatsache, daß die Gewerkschaften sich dem sozialistischen Gedanken immer rücksichtsloser zuwenden, sehr erschüttert worden. Die „National-Zig.“ fragt ganz bedenklich: „Hat das Verhalten der englischen Arbeiterorganisationen seit jener Zeit diese unbeschränkte Anerkennung gerechtfertigt?“ und kommt an der Hand der Erwägung der neueren Vorgänge, speziell beim Streik in Durham, zu folgendem Schluß:

„Diese Beispiele mögen genügen! Sie zeigen Jedem, der sehen will, daß in den englischen Gewerkschaften die sozialdemokratischen Lehren nicht nur Wurzel gefaßt haben, sondern bereits in voller Blüthe stehen. Mögen sich an diesem Entwicklungsgange diejenigen eine Lehre nehmen, welche die englischen Arbeiter-Organisationen schlechweg auf Deutschland zu übertragen wünschen.“

Wir freuen uns zunächst der Anerkennung, daß einmal wieder eingetroffen ist, was von der deutschen Sozialdemokratie seit Jahren vorausgesehen worden. Wie in so vielen anderen Fällen, hat sich auch hier die sozialistische Beurtheilung als die richtigere erwiesen. Während speziell liberal sein wollende Gegner in den englischen Gewerkschaften einen Schutzwall gegen die Sozialdemokratie erblickten und darum die Uebertragung der ersten nach Deutschland befürworteten, haben wir in ihnen stets nur eine Vorstufe zur Sozialdemokratie gesehen. Die eigenartige Entwicklung Deutschlands hat zur Folge gehabt, daß die politische Arbeiterbewegung sich in Deutschland selber entwickelt hat und allen anderen Ländern zum Vorbild geworden ist.

Die Ausführungen der „Nat.-Zig.“ zeigen übrigens einmal wieder zur Evidenz, daß die Arbeiter und Arbeiterverbände nicht nur die Kapitalisten und deren Presse stets nur als Mittel zu ihren Zwecken benutzt werden sollen. Um der Arbeiter selbst willen bemüht man sich nicht.

Zur Gewerkschaftsfrage.

Wie richtig unsere Schlussbemerkungen zur Statistik über die Stärke der Gewerkschaften bezüglich der Stellung einzelner Parteigenossen zur Gewerkschaftsorganisation waren, beweist ein Leitartikel in Nr. 80 des in Chemnitz erscheinenden „ Beobachter“. Es wird darin wieder einmal die Frage aufgeworfen, ob die Gewerkschaftsorganisation denn überhaupt notwendig sei und ob der ausschließlich politische Kampf nicht das Beste wäre, was die Arbeiterklasse unternehmen könnte. Nach Erklärung der Redaktion ist aber keineswegs das der Verfasser seineswegs Anspruch darauf, mit seiner Meinung das allein Richtige getroffen zu haben, vielmehr wäre es nur seine Absicht, eine Diskussion über die Frage herbeizuführen. Darüber wird aber auch er wie die Redaktion nicht im Zweifel sein, daß, so lange man darüber diskutiert, ob eine Sache überhaupt unternommen werden soll, diese selbst nicht gefördert wird. Wir hielten die Diskussion über diesen Punkt dadurch für abgeschlossen, daß der Hallenser Partei-

tag nach reiflicher Erwägung sich dahin erklärte, daß die gewerkschaftliche Organisation eine Nothwendigkeit sei. Nunmehr dachten wir, kommt es darauf an, die Schwächen und Fehler der Organisationen aufzudecken und aus ihnen zu lernen. Wir waren uns wohl bewußt, daß den Gegnern der Arbeiterbewegung die Schwäche der Organisationen helle Freude verurlichen würde, andererseits waren wir aber sehr überzeugt, daß alle diejenigen, welche die Bewegung unterstützen wollten, sich eine Lehre aus dem vorliegenden Material ziehen und für größere Ausbehnung und Kräftigung der Gewerkschaften sorgen würden. Zu unserem Bedauern haben wir uns geirrt. Weil die Gewerkschaften nicht so sind, wie sie sein sollen, deswegen taugen sie nichts. Daß aber durch solche Auseinandersetzungen die Meinung der Genossen irreführt wird, daß dadurch der geringe Zusammenhalt, der gewonnen ist, nur mehr gelodert werden wird, scheint man nicht zu bedenken. Vielleicht kommt man dann schließlich mit der Erklärung: daß man es ja vorwärts getrieben habe, daß an die Entwicklung der Gewerkschaften nicht zu glauben ist; dann, nachdem man selbst sich Theil dazu beigetragen hat, diese Entwicklung zu hemmen. Man kann sehr leicht theoretisch nachweisen, daß die Gewerkschaften entbehrlich sind, dies kann aber eben nur von Theoretikern geschehen. Wer selbst nur zu praktisch täglich Schöße und Püffe seitens des Unternehmertums zu fühlen hat, der wird die ganze Theorie aber-eben den Hosen werfen und durch die Gewerkschaften sich diese Schöße für die Zukunft fernzuhalten suchen. Es wird aber doch notwendig sein, daß man einen großen Theil der Arbeiter erst zum Bewußtsein bringt, daß er ständig gekostet und malkrätirt wird. Und dieses Bewußtsein wird nicht wenig dazu beitragen, daß Parteigenossen, die lau und gleichgültig in der Bewegung stehen, energisch werden und mit eben solcher Leidenschaftlichkeit für die Verbreitungen der Partei wie für die Gewerkschaft eintreten werden. Man lausche sich ja nicht darüber, daß die politischen Versammlungen die gleiche Wirkung haben als die Gewerkschaftsversammlungen. In ersteren wird sich die Diskussion immer um theoretische Erörterungen drehen, in letzteren aber wird das Gefühl, bedrückt und fortgesetzt ausgebeutet zu werden, in viel schärferer Weise dem Zuhörer eingepreßt. Und dadurch wird jene Energie erzeugt, die notwendig ist, um in der Gegenwart nicht nur mit dem Haupte zu laufen, sondern als selbstständiges Glied thätig und opferwillig zu sein. Doch befallen wir uns mit einigen Neuerungen in dem erwähnten Artikel. Der Verfasser sagt zum Schluß: „Diese Ausführungen wollen wir nicht dahin aufgefaßt sehen, daß wir den gewerkschaftlichen Organisationen feindselig gegenübersehen.“ Am Anfang aber sagt er:

„Die Gegner der Gewerkschaften — soweit man innerhalb der Arbeiterorganisationen von Gewerkschaft sprechen kann — haben durch die augenblickliche Darniederlage dieser Organisationen starke Stützen für ihre Behauptungen erhalten. Mit gepanontem Nummernverfolgte l. z. das gesamte gewerkschaftlich organisierte Proletariat der Buchdruckerei. Hier stand eine der größten und stärksten Arbeiterverbindungen Deutschlands dem Unternehmertum Auge gegenüber. Die Klasse war geküßt, die Disziplin der Streikenden — eine lobenswerthe, der Kampf selbst geschickt organisiert. Der Buchdruckereist — das sah jeder Arbeiter ein — war eine Kraftprobe. Verließ er glänzend für die Streikenden, so brach für die Gewerkschaften eine bessere Zeit an, die Bewegung wurde geküßt und den Gewerkschaftsführern hätte es alle Mühe gekostet, andere Gewerke von einem Lohnkampfe zurückzuhalten. Schlug aber der Streik fehl, unterlag die Arbeiter, so war zugleich allen Gewerkschaften ein empfindlicher Schlag verfehlt. Dann war der Beweis erbracht, daß der wirtschaftliche Kampf nichts nütze, das Unternehmertum sich auch nicht die kleinste Konzession abringen ließ, bevor nicht die Arbeiter auf dem Wege der Geseggebung sich mehr Rechte verschafft hatten. Aus diesem Grunde erlangte der Buchdruckereist eine Bedeutung und Beachtung, die weit über die Grenzen Deutschlands hinausging und die Arbeiterkreise Englands und Amerikas mächtig ergriff. Alle Kräfte richteten sich auf Berlin, Leipzig und die übrigen großen Städte Deutschlands, Jeder fragte sich: „Was wird das werden?“

„Und der Streik schlug fehl! Trotz all' der Opfer an Geld und Ausdauer errangen die vereinigten Unternehmener den Sieg, wurde dem Proletariat bemiefen, daß es mit dem wirtschaftlichen Kampfe allein nichts erreichen könne und erweichen werde.“

„Die Rückwirkung blieb nicht aus, alle Vereinigungen haben sie empfunden und wir brauchen nur einen Blick zu werfen auf die von der Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlichte Statistik über die Stärke der einzelnen Verbindungen, um uns über die verhältnismäßige Schwäche derselben klar zu werden.“

Es ist dies eine Praxis, die heute vielfach angewandt wird, die man aber als eine richtige nicht betrachten kann. Jede Halbheit wirkt verderblich. Entweder, man hält die Gewerkschaften für notwendig und unterstützt sie, oder man betrachtet sie als überflüssig und bekämpft sie, stellt sich ihnen feindselig gegenüber. So viel müssen wir von den Parteigenossen fordern können, daß sie unumwunden ihren Standpunkt und die leitenden Gründe darthun. Allerdings würde man auf nicht geringen Widerstand bei der Mehrzahl der Parteigenossen stoßen. Die Gewerkschaften sind nämlich nicht in Folge theoretischer Erörterungen gebildet, sondern aus einem praktischen Bedürfnis hervorgegangen. Aus diesem Grunde könnte Mancher es mit seinen besten Freunden verderben, wenn er völlig Farbe bekennen würde. Deswegen dieses Schwanken zwischen Annehmen und Verwerfen. Eine solche Stellung ist aber keineswegs eines Mannes würdig, der sich über den Weg, den wir zu gehen haben, klar ist. Wir halten es wirklich für angebracht, endlich die Meinung ganz offen zu sagen, weil eine solche Haltung, wie die gezeichnete, weder der Partei noch der Gewerkschaft Nutzen bringen kann. Manches Wort muß wieder gesprochen, mancher Grobian ausgebeugt werden, ehe man die auf diese Weise zur Unklarheit geführten Arbeiter wieder zum Wahren und Richtigen führen kann.

Der unglückselige Buchdruckerstreit, er muß auch in diesem Falle wieder herhalten, um die Unmöglichkeit, durch gewerkschaftlichen Kampf etwas zu erreichen, nachzuweisen. Wir würden aber zu eigenhändigen Schlichtungen kommen, wollten wir aus dem Momente trotz oder Mißerfolge nachweisen, daß eine Sache gut oder schlecht ist. Wir haben vielmehr zu beobachten, wie hat eine Organisation im Laufe der Zeit gewirkt, und welche Ansichten bieten sich, wenn erkrankte Arbeiter beseitigt werden. Daß aber die Organisation der Buchdrucker nicht zum Schein bestanden, sondern mit Erfolg die Arbeitsverhältnisse reguliert hat, wissen wir. Daß sie dieses auch weiter thun wird, davon können wir überzeugt sein, weil sie selbst in der Gegenwart, trotz ihrer Niederlage, nicht ohne Einfluß ist, sondern den Siegern recht viele Kopfschmerzen macht. Wollten wir aus dem augenblicklichen Erfolge Schlüsse ziehen, dann könnten wir leicht zu folgendem Bild kommen: Wir wägen Abgeordnete in den Reichstag. Dies kostet Geld. Die Wahl selbst verursacht uns gewaltige Ausgaben. Die Anträge aber, die dort von unseren Abgeordneten gestellt werden, nehmen die anderen Parteien nicht an. Ergo, ist der Nutzen unserer Vertretung gering, könnte diese Vertretung entbehrt werden. — Wunders braucht man sich nicht, wenn man nach Ausführungen, wie die über die Gewerkschaften, welche wir zitierten, auch zu einer solchen Argumentation kommt. Und die Vorgänge in unserer Partei in der letzten zwei Jahren zeigen, daß sie auch bereits angewandt werden. Der Verfasser des erwähnten Artikels sagt selbst in seinen weiteren Ausführungen, daß die Buchdrucker nur zu 53 Prozent organisiert waren. Er wird ferner wissen, daß ein großer Teil der Organisierten sich als Streikbrecher gebrauchen ließ; er weiß auch, daß die allgemeine Geschäftslage keineswegs geeignet war, einen glücklichen Ausgang in einem solchen Unternehmen zu sichern. Kurz, er wird wissen, daß keineswegs die Vorbedingungen für einen Sieg der Arbeit gegeben waren. Anstatt aber diese Ursachen anzuführen, will er aus dem Resultat des Kampfes, dem von einem großen Teil der Arbeiter mit banger Erwartung zugehört wurde, die Gewerkschaftsorganisationen als überhaupt nicht mehr leistungsfähig und widerstandsfähig hinstellen. Man sollte glauben, daß ein Politiker, der nicht mit Tageserfolgen rechnet, sondern aus den allgemeinen wirtschaftlichen Vorgängen seine Schlüsse zieht und seine Taktik darnach einrichtet, am allerwenigsten dazu kommen sollte, aus einem Mißerfolge die Schlussfolgerung zu ziehen, daß überhaupt nichts zu erreichen sei. Wenn dies ein Gewerkschaftler thäte, ließe sich dies entschuldigen, weil dieser mehr als Jener von dem nächstliegenden Erfolge in seiner Tätigkeit abhängig ist. Dagegen sehen wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die nicht der Organisation angehören, weil dies gerade modern ist, ganz andere Schlüsse aus dem Ausgang des Ausstandes der Buchdrucker ziehen. Wenn wir aber weiter forschaften, die Arbeiter den gewerkschaftlichen Kämpfen fernzuhalten, dann werden wir noch eine ganze Reihe Mißerfolge erzielen.

Wie wenig ernst der Verfasser es mit seiner Argumentation nimmt, zeigt er dadurch, daß er als eine Rückwirkung des Buchdruckerstreits einen Rückgang der Gewerkschaften konstatiert. Als Beweis bringt er dann die von uns veröffentlichten Zahlen über die Stärke der Organisationen. Er läßt sich hier etwas vorbeugen. Die Zahlen würden genau dieselben sein, auch wenn der Streit gewonnen wäre, denn sie datieren von Ende Dezember v. J. während der Ausstand der Buchdrucker erst im Januar d. J. beendet wurde, erst da also anfangen konnte rückzuwirken. Weisheit würden wir bei einem Sieg der Arbeiter am Ende dieses Jahres eine Zunahme der Mitgliederzahl der Gewerkschaften konstatieren können, aber auch diese würde trotzdem nur minimal sein, weil die unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse eine größere Anteilnahme der Arbeiterkraft an der Gewerkschaftsbewegung nicht erwarten läßt. Wir haben ja selbst ausgeprochen, daß die Gewerkschaften schwach, sehr schwach sind, aber wir müssen jedoch, sie zu stärken und nicht, wie dies durch bedingte Leitartikel geschieht, noch einige Fußstapfen ihnen zu geben, sie noch mehr zu schwächen.

Und gerade die Parteigenossen allerorts, wie auch in Chemnitz haben alle Ursache, sich der Sache der Gewerkschaften anzunehmen. Denn wie sieht es mit den politischen Vereinen und Versammlungen aus. Vergleiche man die Zahl der Reichstagswähler mit der Zahl der Genossen, welche durch Zugehörigkeit zur Parteiorganisation für ihre Sache auch Opfer bringen, und man wird keine Ursache haben, die Gewerkschaften als schlechter hinzustellen. Es gilt, die Arbeiter zu der Ueberzeugung zu bringen, daß ohne Opfer ihre Sache schwer vorwärts kommt, und dies geschieht nicht dadurch, daß man ab und zu ihre Erinnerung auffrischt durch eine politische Versammlung, sondern daß man sie veranlaßt, fortgesetzt zu kämpfen, persönlich an allen Vorgängen teilzunehmen, ihre Ueberzeugung auch dadurch zu beweisen, daß sie trotz ihrer schlechten Lage dennoch für ihre Interessen Opfer zu bringen geneigt sind. Wo eine starke Gewerkschaftsbewegung ist, sucht man auch für die Partei Mittel zusammenzubringen, wo sie fehlt, wird auch für diese nur wenig aufgebracht. An Stelle dieses Kampfes um die heiligsten Interessen treten persönliche Interessen. An Stelle der Organisationen, die das Arbeitsessen kommen heben sollen, werden Sparvereine und Vergnügungsvereine errichtet. Chemnitz hat an solchen Einrichtungen keinen Mangel. Die hervortragenden Politiker thäten sicher besser, diesen zu Leibe zu gehen. Am besten aber würde dies erreicht durch Organisation in Gewerkschaften, in denen an Stelle des persönlichen Vorteils das Streben nach dem Wohlergehen aller tritt.

Der Verfasser des Artikels behauptet dann, daß die Arbeiter sich mehr zu den politischen Versammlungen hingezogen fühlen und die Aufgabe, die Arbeiterschaft zu bilden, mit dem Falle des Sozialistengesetzes den Gewerkschaften entzogen wäre. Ganz recht, die Arbeiter gehen in die politischen Versammlungen, wenn ein bekannter Redner einen Vortrag hält. Daß denselben Redner aber in einer Gewerkschaftsversammlung sprechen, und diese wird ebenso fast besucht sein, wie die politische. Eine

solche Beweisführung ist recht lahm. Ebenso bietet auch heute noch die Gewerkschaftsverlammlung eine Stätte der Bildung und wird es für absehbare Zeit auch noch sein. Hier gehen alle Erörterungen von den dem betreffenden Berufsarbeiter zunächst liegenden Punkten aus, kommen ihm also mehr zum Verständnis, und Frage und Antwort führt zur völligen Klärung. Dies wird in großen politischen Versammlungen nicht in dem Maße der Fall sein. Also, nur selbst mitarbeiten, das wird das Richtige sein, der Boden ist für diese Klärungsarbeit ungemein geeignet.

Die Kernfrage des Artikels ist jedoch: Können die Gewerkschaften überhaupt bei der wirtschaftlichen Misere ihrer Aufgabe gerecht werden?

In der augenblicklichen Geschäftskonjunktur lahm, jedoch immer für uns wohl darüber einig, daß eine, wenn auch immer länger werdende Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges folgen wird; weil die bürgerliche Gesellschaft derselben absolut bedarf. Diese bürgerliche Gesellschaft aber würgelt noch tief und dürfte in nächster Zeit nicht verschwinden. Während des wirtschaftlichen Niederganges werden die Gewerkschaften nur darauf zu sehen haben, daß das Unternehmertum nicht in übermächtiger Weise die Arbeiter bedrückt und Lohnfällungen und Verlängerung der Arbeitszeit eintreten läßt. Und hier wird, trotz der hier und da eintretenden Mißerfolge, mancher Vorteil errungen. In vielen Fällen unterbleiben die Lohnfällungen, wenn die Arbeiter organisiert sind und kommen nicht zur allgemeinen Kenntnis, wenn keine Organisation vorhanden ist. Ein wichtiges Agitationsmaterial würde unserer Bewegung hierdurch entzogen werden. Wenn es auch nicht möglich ist, alle Angriffe zurückzuschlagen, so wird doch mancher abgewiesen, andere unterbleiben, weil ihre Abweisung verjagt werden würde. Dies würde aber noch weit mehr der Fall sein, wenn die Organisationen stärker wären und nicht durch solche Diskussionen zu schwächen gesucht würden. Sobald aber ein Geschäftsaufschwung eintritt, werden die Gewerkschaften eine Befreiung der Lage der Arbeiter erzielen. Es werden bei einem solchen alle produktiven Kräfte angepaßt werden. Dadurch wird allerdings diese günstige Periode kürzer, aber auch die Macht der Organisation gestärkt. Diese Organisation muß doch vorhanden sein und nicht erst gebildet werden, wenn sie in Tätigkeit treten soll. Darum gilt es, auch in der schlechten Zeit unter dem wirtschaftlichen Druck zu organisieren.

Unsere heutige Produktion beruht darauf, daß dem Arbeiter nur ein Teil des Ertrages seiner Arbeit gegeben wird. Den größten Teil desselben nimmt der Unternehmer für sich in Anspruch. Um diesen Anteil vom Arbeitsertrage wird fortgesetzt ein Streit zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter bestehen. Der Arbeitgeber ist ökonomisch mächtiger. Die seine Macht wird nur durch Vereinigung der Arbeiter paralytisch. Nur wenn nicht mehr der einzelne Arbeiter, sondern die einer Fabrik, eines Berufes die Arbeitsbedingungen festlegen, wird es möglich sein, den Profitanteil, der Arbeiter zu erhöhen. Die Forderung ist einfach und klar verständlich. Sie zögert nicht in der Notwendigkeit der Organisation, sondern auch, daß diese zu wirken vermag. So lange dieser Streit um den Anteil vom Ertrage der Arbeit besteht, und er fällt erst mit der heutigen Produktionsweise, ist die Gewerkschaftsorganisation als Gegengewicht gegenüber dem Unternehmer notwendig. So gering oftmals der Erfolg einzelner Gewerkschaften nach dieser Richtung hin sein mag, im Großen und Ganzen haben sie etwas geleistet und werden mehr leisten; dies wird die Zeit lehren. Es wird aber notwendig sein, daß man die Organisationen zu stärken sucht, statt daß man sie als entbehrlich hinstellt. Die Arbeiterschaft in Chemnitz wäre, wenn gewerkschaftlich organisiert, eine Macht, heute steht sie den Unternehmern machtlos gegenüber.

Die Parteipresse spiegelt nur das wieder, was in der Arbeiterbewegung vorgeht. Will man Erörterungen wie die im „Botschafter“ nicht mehr hören, dann breche man mit der Gleichgültigkeit und die Arbeiterschaft wird bald beweisen, daß die Gewerkschaften ihrer Aufgabe gerecht zu werden vermögen.

(Correspondenzblatt.)

Situationsberichte.

Mauer.

Hamburg. In der am 4. August stattgefundenen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands der hiesigen Zahlstelle verlas zunächst Herr Feddersen die monatliche Abrechnung, welche eine Einnahme von M. 2937,87 und eine gleiche Ausgabe auswies. Die Einnahme der Postkasse betrug M. 778,98, die Ausgabe M. 321,70. Auch die Abrechnung vom letzten Sommervergnügen wurde verlesen; dieselbe ergab einen Ueberschuß von M. 400,85, welcher der Postkasse zu etwaigen Zuschüssen zum Wintervergnügen überwiesen wurde. Hieraus wurde von der Verwaltung beantragt, den Bevollmächtigten Bömelburg mit M. 100 zu entschädigen. Bömelburg ist durch seine Tätigkeit als Bevollmächtigter des Oesteren arbeitslos gewesen und hat dadurch bedeutenden Vohnausfall gehabt. Von Walter wurde beantragt, dem Bevollmächtigten M. 250 zu bewilligen; der Antrag wurde angenommen. Hierauf sprach Stanning über „Die Notwendigkeit sanitärer Einrichtungen auf Bauten.“ Redner wies auf die vielen Missethäter auf Bauten hin und empfahl am Schluß folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung erklärt: Den sanitären Einrichtungen auf Bauten ist so wohl seitens der Arbeiter, wie seitens der Unternehmer und ihrer Beauftragten, eine weit größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als dies hiesiger gegeben ist. Der Erfolg von Unfallversicherungsanstalten ist an sich nicht genügend, wenn die Gesundheit der Arbeiter nach Möglichkeit zu schützen. Hauptächlich ist zu rügen, daß auf den Bauten die unerlässlichen Medikamente, Verbandstoffe usw. zwecks erster Hilfeleistung bei plötzlich eintretendem Unfall entweder gar nicht oder höchstens in

mangelhafter, und ungenügender Beschaffenheit vorhanden sind; ferner, daß Arbeiter wie auch Unternehmer und deren Beauftragte im Allgemeinen zu wenig Interesse für sanitäre Einrichtungen und Vorfeststellungen im Betriebe bekunden. Ein Schutz der Gesundheit der Arbeiter ist insbesondere dahin anzustreben, daß die beim Betriebe sich entwickelnden schädlichen Staubarten in geeigneter Weise bekämpft, die Abströgen den Anforderungen der Sittlichkeit und der Hygiene entsprechend eingerichtet und behandelt, sowie daß die Arbeiter gegen schädliche Einflüsse der Witterung, die bekanntlich sich in jeder Jahreszeit geltend machen, geschützt werden. In letzterer Hinsicht kommt hauptsächlich die Errichtung weiterräucher, reinlich zu haltender und in kalter Jahreszeit genügend zu heizender Neubauten in Betracht. Aufgabe unserer Organisation ist es, alle in sanitärer Hinsicht erforderlichen Reformen mit Entschiedenheit anzustreben, bezw. die Unternehmer und ihre Beauftragten anzuhalten, dem gesunden Arbeiter die Arbeiterschaft gewissermaßen zu gewinnen. Bezugs dessen soll die Verwaltung der hiesigen Zahlstelle diese Resolution dem Vorstande der hiesigen Zunftung Bauhütte übermitteln.“ Die Resolution wurde angenommen. Im nächsten Punkt wurde D. H. S. e., welcher auf mehrmalige Einladungen nicht erschienen, ausgeschlossen. P. A. P. i. soll zur nächsten Versammlung nochmals eingeladen werden. Hierauf erwähnte D. m. e. l. b. n. r. g. des Bauernbundes in Bamberg. Dasselbe habe der Maurermeister Schuster die Ausgabe eines Kellers in einem kleinen Gebäude ohne jegliche Abfertigungen unternommen, wodurch das Mauerwerk der ganzen Vorderfront in den Keller gestürzt sei. Hierbei sei ein Tischler aus der ersten Etage mit seinem Hohenbänken in den Keller gestürzt und habe sich erhebliche Verletzungen zugezogen. Von H. o. h. e. n. w. a. l. b. wurden F. i. n. r. i. c. h. und W. o. i. n. t. e. angeklagt, Nacht gearbeitet zu haben. Hierzu sollen zur nächsten Versammlung die Herren S. c. h. e. r. g. und S. c. h. l. o. w., welche ebenfalls dort gearbeitet haben, eingeladen werden. Ein ergötzlicher Fall wurde vom Maurermeister Z. i. m. m. e. r. m. a. n. berichtet. Derselbe hat, bewaffnet mit einem Revolver und unter dem Schutze von Konstablern, seinen Partier vom Bau in der Fabrikstraße entfernt, weil er sich erlaubt hatte, dem Bruder des Meisters das Arbeiten handgreiflich bezuzwingen. Nachdem noch einige unwesentliche Sachen erledigt, folgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Die Zahlstelle Berlin II des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands usw. hielt am 3. August d. J. ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Eventual-Anträge zum Verbandstag. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Abrechnung vom Stillsitzungsst. 5. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprachen die Kollegen W. a. t. t. h. e. r., G. r. o. p. p. i. e. r., W. a. h. n. e. und K. l. i. n. g. e. n. b. e. r. g. Anträge wurden aber nicht gestellt. Vom zweiten Punkt wurde Abstand genommen. Kollege F. e. l. t. e. r. h. o. f. f. verlas alsdann die Abrechnung vom Stillsitzungsst., welche eine Einnahme von M. 443,20, eine Ausgabe von M. 219,30, mithin einen Ueberschuß für jede der beiden Zahlstellen von M. 111,95 ergab. Nachdem dann noch im „Verschiedenen“ bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 21. August, eine öffentliche Mauererverversammlung stattfinden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kendeburg. Am 30. Juli wurde eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Kendeburg abgehalten, welche, da unser erster Bevollmächtigter nicht erschienen war, von dessen Stellvertreter geleitet wurde. Es ließen sich zunächst drei Kollegen neu aufnehmen. Nachdem die Beiträge erhoben, wurde die Stichwahl zwischen den Kollegen F. c. h. r. d. e. r., N. e. u. m. a. n. n. und C. K. ö. h. n. t. e. E. i. n. s. h. o. r. n. vorgenommen und wurden sämtliche Stimmen für den Kollegen F. c. h. r. d. e. r. abgegeben. Im „Verschiedenen“ wurde klar getätigt, daß der erste Bevollmächtigte nicht erschienen war und wurde die Wahl eines Bevollmächtigten bis zur nächsten Versammlung verschoben. Hierauf erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Kiel. In der Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle vom 27. Juli wurde über folgende Tagesordnung verhandelt: 1. Die wirtschaftliche Lage und Stellung der Arbeiter zur Sozial-Reform. 2. Stichwahl zwischen den im hiesigen Wahlkreise kandidierenden Delegierten zum Verbandstag. 3. Verschiedenes. Der Referent zum ersten Punkte der Tagesordnung schilderte die Entstehung der Zünfte im Mittelalter, ging dann allmählig über zur Entwicklung der Technik im Maschinenwesen bis zur Jetztzeit und verwies auf die Uebelstände der Maschinenbetriebe im Dienste des Kapitals. Redner ging dann über zur Sozialreform, kritisierte das Unfallgesetz, das Alters- und Invalidengesetz und berührte weiterhin die Fabrikinspektoren nebst ihrer Tätigkeit. Ferner die Arbeiterschutzgesetzgebung, wie die Arbeitszeit in den Fabriken, hauptsächlich die der Frauen und Kinder, ebenso auch die Sonntagsruhe. Zum zweiten Punkt wurde eine Wahlkommission von drei Mann ernannt, um die Stichwahl zwischen B. r. o. d. h. u. h. n. Kiel und M. a. r. t. e. n. s. P. h. e. h. o. e. zu ordnen und ergab dieselbe hieroft folgendes Resultat: B. r. o. d. h. u. h. n. 66, M. a. r. t. e. n. s. 2 Stimmen. Im „Verschiedenen“ wurden noch einige innere Angelegenheiten geregelt und war 10% der Schluß der etwas besser wie gewöhnlich besuchten Versammlung.

Bremen. Am 4. August fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands usw. statt. Nachdem der erste Punkt: „Aufnahme neuer Mitglieder“ erledigt, legte der erste Kassirer die monatliche Rechnung vor, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Im Punkte „Verschiedenes“ wurde über die bevorstehende Reise unseres Delegierten zum Verbandstage verhandelt und beschlossen, denselben mit den nötigen Geldmitteln auszurüsten. Ferner wurde von Herrn S. c. h. i. t. n. e. r. bezüglich des Ausstandes der hiesigen Kistenbederinnen ausgeführt, daß es unsere Pflicht sei, dieselben durch Geldpenden zu unterstützen, und wurden auf Antrag des Herrn K. i. e. n. d. o. r. f. Sammellisten verbreitet, welche auch schon aus der Versammlung eine kleine Summe hervorbrachten. Dazu entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Briefkastenentspinnung, Bremen 5., im letzten

„Grundstein“, worauf auf Antrag des Herrn Wiese beschloffen wurde, daß die hiesige Verwaltung sich an den Hauptvorstand zu wenden und um genaue Aufklärung über den schon viel besprochenen Zeitungsartikel zu bitten habe. Dann folgte Schluß der Versammlung, nächste Versammlung am 17. August.

Stellingen. Am Dienstag, den 26. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, tagte eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Jahrsstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Nachdem sich fünf neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen, erhielt Herr Stanning aus Hamburg das Wort. Derselbe hielt einen Vortrag über: „Das System der Lohnarbeit.“ Bei der Wahl eines Referenten wurden 22 Stimmen abgegeben, davon erhielt Schröder Neumünster 17, Köhne 5, Elmhorn 5 Stimmen. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartale, welche als richtig befunden wurde. Der erste Schriftführer erkrankt und der zweite nicht anwesend war, wurde Kollege C. Wentzin als erster Schriftführer gewählt. Als Schriftkontrolleure wurden Willert und Dumreicher auf zwei Monate gewählt. Nach Erledigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. Am 2. d. M. tagte im Saale der „Vollhallen“ eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: „Sind gewerkschaftliche Organisationen nützlich und wie müssen sie eingerichtet sein?“ Referent war Herr Wille aus Berlin, Gegner des Zentralverbandes. Er gab daher am Eingang seiner Rede, weil er wisse, auf welchem Boden die Leipziger Maurerbewegung stehe, die Erklärung ab, daß, wenn es sich darum handele, seinen Standpunkt zu vertreten, er immer am Plage sei. Redner schilberte alsdann an der Hand der Geschichte, wie man vom Alterthum her bis jetzt bemüht gewesen sei, die Arbeiter fort und fort auszubeuten, und kam zu dem Schluß, daß man immer bestrebt sein müsse, Organisationen zu schaffen, welche die Fortentwicklung der Bewegung nach dem Ziele des Sozialismus fördern, und darum, wie die gewerkschaftliche Bewegung nicht von der politischen zu trennen. Wie nun der Zusammenschluß erfolge, unter welcher Form, sei ihm, Redner, vollständig gleichgültig, darauf wies er Er empfahl die lokale Organisation. Kollegen Stege und Bayer erklärten dem Referenten, daß sie mit einer lokalen Organisation sich jetzt nicht mehr einverstanden erklären könnten, dieselbe habe wohl früher Erfolg gehabt, jetzt aber, da sich das Unternehmertum immer mehr zentralisire, sei eine lokale Organisation der Arbeiter nicht mehr zeitgemäß. Redner bedauerte schließlich, daß Herr Wille seine Stellungnahme für die Lokalorganisation nicht näher begründet habe. Kollege Jakob machte dem Referenten den Vorwurf, daß er sich bemüht habe, sich gänzlich um den zweiten Theil der Tagesordnung herumzudrücken. Organisationen fördern man nicht dadurch, daß man einen Keil in die Bewegung schiebt. Redner verwies den Referenten auf ein von diesem selbst herausgegebenes Flugblatt, welches die ungehörigsten und schmutzigsten Schimpfeiren gegen die Geschäftsleitung der deutschen Maurer enthält. Kollege Baumberger, als Einberufer der Versammlung, erläuterte, wie er dazu gekommen sei, diese Versammlung zu veranstalten, er sehe nicht auf dem Boden eines Nichtverbändlers, sondern befände sich vielmehr mit der Taktik der Leipziger Maurerbewegung im vollsten Einverständnis, er bedauerte ebenfalls, nichts Neues von Herrn Wille gehört zu haben. Herr Wille gab alsdann nähere Ausführungen, wie man bestrebt sein müsse, zu organisiren. Er wünschte, daß Einigung der ganzen Maurerschaft Deutschlands erzielt werden möge. (Zuruf: Majorität! folgen.) Da die Debatte beiderseits etwas persönlich geführt wurde, so sah sich Kollege Bayer veranlaßt, Herrn Wille's und Konsorten's schmutzigen Benehmen von jeder der Reihensfolge nach aufzuklären zu lassen. Unter Anderem verlas er auch den konfinit geschriebenen Brief Kellers, welchen Letzterer an Konrad, den früheren Agitator und späteren Polizeispittel, gerichtet hatte, und hob noch ausdrücklich hervor, daß von allen Denjenigen, welche sich den Kongreßbeschlüssen nicht fügen, unbedingt angenommen werden müsse, daß sie Sonderinteressen vertreten. Weiterkritisierte Kollege Bayer das Verhalten der hiesigen Kollegen, besonders das des Kollegen Bahold. Kollege Dunt, welcher von Halle hier anwesend war, wünschte ebenfalls, daß eine Einigung unter den Maurern herbeigeführt würde, gleichviel unter welcher Form. Nachdem sich noch verschiedene Redner gegen den Referenten ausgesprochen hatten und Letzterer noch einige nicht stichhaltige Bertheidigungen zu machen versucht hatte, wurde folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die Leipziger Maurerschaft nach wie vor auf dem Boden der Majoritätsbeschlüsse steht, erklärt sich die heutige öffentliche Maurerverammlung für den vom letzten Maurerkongreß geschaffenen Zentralverband der Maurer Deutschlands und spricht der von diesem Kongreß eingefestigten Leitung bezüglich der Aufrechterhaltung dieser Beschlüsse ihr vollstes Vertrauen aus. Ferner drückt die Versammlung denjenigen Personen, welche genau so wie die sogenannten „Jungen“ in der sozialdemokratischen Partei auf die Majoritätsbeschlüsse weisen und nicht nur ihre eigenen Wege gehen, sondern sogar systematisch gegen die von der Majorität geschaffene Organisation ankämpfen, und hierdurch zum Gaubium der Gegner eine Spaltung oder doch mindestens ein starkes Mißtrauen unter den Arbeitern hervorzurufen, und die gesammte Arbeiterbewegung fortgesetzt schädigen, ihre scharfe Mißbilligung aus.“ Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. Hier tagte am 3. August eine öffentliche Maurer-Versammlung mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, mit besonderer Berücksichtigung des Baugewerbes.“ Das Referat hatte Kollege Bauer übernommen. Derselbe führte aus, daß es notwendig sei, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter näher kennen zu lernen. Die Verichte der Fabrikinspektoren geben uns den Beweis, daß die gesetzgebenden Faktoren über dieselbe falsch unterrichtet sind, sonst müßte sich von dieser Seite die Verkürzung der Arbeitszeit empfohlen werden; dieses ist aber keineswegs der Fall.

So hätten gerade die Arbeiter der Textil-Industrie in Sachsen durch den Einfluß der Fülle schrecklich zu leiden; dasselbe bei der Fall mit den Arbeitern im Baugewerbe; von diesen seien die Arbeiter in den Ziegeleien und Steinbrüchen am meisten davon betroffen. Das Schicksale von allen Gewerben sei das Müllergewerbe; in diesem werde den Arbeitern im ganzen Jahre nur an drei Sonntagen Ruhe gegönnt; die Eigenartigkeit dieses Gewerbes bedingt es, daß diese Arbeiter so zu leiden haben. Die Betriebe liegen stundenlang auseinander; die Arbeiter können sich daher über ihre Lage nur schwer verständigen. Die Behandlung sei roh und unerschwerlich. Mit dem Barbier- und Friseurgeschäft sei es nicht viel besser, hier beträgt der Lohn in kleinen Städten höchstens kaum M. 2,50, das Baugewerbe liegt in Leipzig zur Zeit mehr darnieder, als in irgend einem anderen Theile Deutschlands; so habe das hiesige staatliche Amt veröffentlicht, daß jetzt nur 117 Bauten angeführt werden, während die Zahl in den Jahren 1888-90 über 800 betrug. Ein Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig zeigt uns die Nothlage noch schrecklicher. Von 127 000 Steuerzahlern müßten 50 000 gepfändet werden, darunter besonders sich 26 500 Personen, welche nichts Pfändbares besäßen. Wenn nun nach solcher Schicksale die Arbeiter Gelegenheit nehmen und von den Unternehmern bessere Löhne verlangen, so haben Letztere die Ausrede: „Es ist unmöglich, wie befinden uns in einer schlechten Konjunktur“, trotzdem jene Herren ihren Besitzstand verbessern, welches doch nur die Ausnutzung der Arbeitskraft möglich macht. In den Großbetrieben, namentlich Bergwerken und Zuckerfabriken, ist der Gewinn bedeutend höher, als im Baugewerbe. So zahlte z. B. die Prinz-Arnbergsche Aktien-Bergwerksgesellschaft 80 p. Ct. Dividende und so geht es fort. Die Löhne der Arbeiter in solchen Betrieben betragen höchstens M. 2,20 bis M. 3, in Zuckerfabriken kaum M. 1,50 pro Tag. Die sozialreformatorischen Gesetze seien keineswegs eine Versicherung für die Arbeiter, sondern für die dort angestellten Beamten. So habe z. B. die Papier-Berufsgenossenschaft M. 244 446,68 an Renten gezahlt, während M. 77 135,58 an Beamtengehältern ausgegeben wurden. Dasselbe Verhältnis sei bei allen übrigen Genossenschaften vorhanden. Im Jahre 1891 hatte das Industrie-Schicksal Deutschlands 8900 Tode und 40 000 Verwundete aufzuweisen, darunter das hiesige Sachsen allein mit 17 000 Verwundeten. Die Invaliden- und Alters-Versicherung habe die gleichen Mängel. Es wurden im Jahre 1891 M. 11 000 000 an Renten und M. 7 000 000 für Beamtengehälter gezahlt. Für die Arbeiter im Baugewerbe bringt das Submissionswesen großen Nachtheil. Bei einem Vorkauf von M. 300 000 habe der Ober-Innungmeister denelben mit M. 87 000 unterboten. Um bei solchen Manipulationen zu dem Profit zu kommen, lassen die Arbeiter dem Unternehmer unbewußt häßliche Hand, indem sie sich zu schlechter Arbeit antreiben lassen. Alles das seien wirtschaftliche Mißstände, welche zu beseitigen sind. Man wirt den Arbeitern vor, daß sie nicht zu wirtschaftlich verstanden, namentlich thue dies der Verband für Arbeiterwohl. Selbiger sei zusammengesetzt aus christlichen und jüdischen Kapitalisten, an der Spitze natürlich der Kaspar-Hise. Die Herren empfehlen den Arbeitern einen Nützlichkeitsnach, welchem die Arbeiter am Montag-Kartoffeln mit Wurstbrühe und am Dienstag-Wurstbrühe mit Kartoffeln usw. zu sich nehmen sollen und so fort. Das Fleisch sei selbstverständlich vergessen, es würden Knochen empfohlen. Man werde hier an den armen Lazarus erinnern, welcher damit getrostet wurde, daß er im Himmel in Abraham's Schoß sitzen werde, wogegen Jene in die Hölle gerathen würden. Uns könne es gleich bleiben, ob die Stumm, Krupp u. p. m. in die Hölle kommen, für uns sei es die Hauptsache, diesen jetzt schon die Finger etwas zu beschneiden, damit sie sich nicht zu weit in das Reich der Arbeiter einzutraseln vermögen. Das aber verneige nur die Einheit der Masse. Deshalb müsse die Arbeiterschaft einer großen Organisation zustreben, alle verstreuten Kräfte müssten herangezogen werden. Wenn solches der Fall, dann müßten schlechte Verhandlungen der Arbeiter, wie sie auf den Bauten vorkommen, unterbleiben. Es sei schauällig, in welchem Zustande auf Bauten die Wunden und Worte sich befinden. Bei der Aufstellung für Unfallversicherungen, Einrichtungen habe man geeig, wie eine Wundbaue ausführen müßte. Deuten, denen es unbekannt, wie eine solche in Wirklichkeit beschaffen sein muß, könnten die Maurer keine Sympathie entgegenbringen. Eine Kampfesorganisation müße eigentlich ein Hort für die Schwachen sein und es solle sich hier die Solidarität erst recht geltend machen. Um das zu erreichen, müsse Jeder dafür agitiren. Unsere Vorkämpfer müßten an die nächsten Verwandten und Bekannten weiter verbreitet werden; der Gedanke dürfe nicht aufkommen, daß es doch nichts nütze. Wir müßten uns ein Beispiel an unseren Gegnern nehmen, welche nicht ermüden, uns ihre religiösen Christen anzubieten. Wenn der erste Angriff nicht gelingt, so müsse immer wieder angebohrt werden, bis endlich ein Loch geworden, durch das die Sonne hineinsehen kann. Deshalb dürften die Arbeiter nicht müde werden, es nicht erschaffen sei der Himmel auf Erden. Vom Kollegen Dunt wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Kollegen darauf sehen mögen, daß Arbeiter bei Ostwirthern, welche ihren Verkehr nur aus Arbeiterkreisen rekrutiren, nicht an solche Unternehmer vergebend werden, welche die Arbeiter an meisten drücken. Ihm sei ein solcher Fall bekannt, und zwar seien es die Unternehmern Dyme und Dreyer, welche die meiste Schmutzkonturrenz treiben. Kollege Baul gab auf Befragen noch Auskunft über das Verhältnis mit der Restauration des „Bauhauwerkes“. Die Ursache bildete, die am Tage vorher stattgefundene Versammlung, in welcher Herr Wille referirte. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Nürnberg. Am 31. Juli hielt die hiesige Jahrsstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands eine außerordentliche Generalversammlung ab. Es ließen sich zwei Kollegen aufnehmen. Sodann verlas der Bevollmächtigte einen Brief vom Kollegen Max Müller,

in welchem er seine Abwesenheit entschuldigt und sich verpflichtet, im Falle er gewählt würde, die Interessen der sächsischen Maurer wohl und ganz zu vertreten. Redner forderte nun die Mitglieder auf, geschlossen für Max Müller zu stimmen. Als Wahlvollmächtiger fungirten die Kollegen Erhart, Naiker, Wessler. Das Wahlergebnis ergab für Max Müller 108 Stimmen, unglücklich waren 2 Stimmen. Der dritte Punkt wurde dadurch erledigt, daß die Kollegen Baur und als 1. Bevollmächtigte, und Heßbräuer als Kassierer wiedergewählt wurden. Alsdann meldete sich der 2. Bevollmächtigte Kollege Erhart, zum Wort und erklärte, daß er mit diesen Verwaltungsmittgliedern nicht zusammenarbeiten könne und beantragte die Wahl eines 2. Bevollmächtigten. Es wurde Kollege Fischer als 2. Bevollmächtigte gewählt. Zum 4. Punkt hatte zunächst Herr Baur das Wort und führte aus, daß, trotzdem die Arbeitslosigkeit unter den hiesigen Maurern eine große ist, einige hiesiger böhmische Arbeiter massenhaft importiren, um den meisten Kollegen die Arbeitslosigkeit zu entziehen. Redner hob hervor, daß wir in erster Linie für unsere deutschen organisirten Kollegen sorgen und einen Druck auf die böhmischen Kulis ausüben müßten, damit dieselben den Werth der Organisation erkennen. Redner machte auf die am Sonntag, den 14. August, stattfindende Bauhandwerker-Versammlung aufmerksam. Nachdem sich verschiedene Kollegen noch in selber Sinne ausgesprochen, folgte Schluß der Versammlung.

Flensburg. Am Dienstag, den 2. August, fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Jahrsstelle des Zentralverbandes der Maurer und deren verwandten Berufsgenossen statt. Nachdem vom Schriftführer das Protokoll verlesen war, ließen sich zwei Kollegen als Mitglieder aufnehmen. Im „Verschiedenen“ wurde vom Bevollmächtigten bekannt gemacht, daß eine Anzahl Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstande ist. Es wurde von der Versammlung der Beschluß gefaßt, die Namen der rückständigen Mitglieder zu verlesen und die Mitglieder, welche mit diesen zusammenarbeiten, anzuhalten, dafür zu sorgen, daß sie ihre Schulden bezahlen. Beschlossen wurde fern, daß, weil ein hiesiger Maurermeister eine Annonce im hiesigen Volksblatt eingekauft hat, durch welche er Maurer sucht und hiesige bevorzugt, verschiedene unserer Mitglieder aber bei ihm gewesen sind und Keiner angestellt wurde, einen Bericht im „Grundstein“ zu bringen, damit auswärtige Kollegen nicht auf den Reim gehen, indem hiesige Verbeirathete genug auf der Straße gehen. Nach Regelung einiger unserer Angelegenheiten folgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Der Streit der hiesigen Kollegen währt jetzt bereits 10 Wochen und noch immer läßt sich kein Ende derselben absehen. Wir waren ja von vornherein auf einen schweren und langwierigen Kampf gefaßt und haben uns dieses auch in der Versammlung am 28. Mai d. J., in welcher der Streit beschlossen wurde, durchaus nicht verhofft. Wenn wir aber trotzdem den Streit einstimmig beschloßen, so geschah es in der Erkenntnis des ungeheuren Nachtheils, welcher nicht allein uns und unserer Organisation, sondern der ganzen Köstner Arbeiterschaft und dem Organisationsprinzip überhaupt aus dem geradezu sitiblen Vorgehen des Unternehmertums gegen uns erwachsen mußte. Deshalb haben wir auch Alles gethan, was irgend in unseren Kräften stand, um der Bewegung einen erfolgreichen Ausgang zu sichern. Von den bei Beginn des Streiks am Orte anwesenden 90 Kollegen sind aber zwei Drittel abgereist, während die Uebrigen, welche nicht in die Fremde ziehen konnten und bei welche auch außerhalb trotz aller diesbezüglichen Anstrengungen Arbeit nicht zu erlangen war, zunächst auf eigene Hand bei Bürgern Arbeitern vertheilten, wenn sich Gelegenheit dazu bot. Natürlich erfolgte die Abreise der Kollegen nicht auf einmal, da Arbeit nicht in der Nachbarschaft und in den Nachbarnstädten vorhanden ist und die Kollegen deshalb gezwungen waren, durchweg 20-40 Meilen zu reisen. Eine solche Tour konnte aber jedesmal erst unternommen werden, wenn wir sicher waren, daß in den betreffenden Orten wirklich Arbeit zu finden und deshalb die gezahlte Reiseunterstützung nicht weggeworfen wäre. Erreicht haben wir denn im Laufe des Streiks auch, daß sich drei hiesige Unternehmer erboten haben, nicht allein den bisherigen Lohn, sondern sogar einen Aufschlag von 1-2 pro Stunde zu zahlen und die von uns angestellten Arbeitsbedingungen anzuerkennen, welches Anerbieten abgelehnt worden ist. Mit den übrigen Unternehmern ist jedoch trotz Verhandlungen ein Ausgleich nicht zu erzielen gewesen. Die Herren haben es sich einmal in den Kopf gesetzt, unsere Organisation zu sprengen und deshalb widerstrebt es ihnen, uns Konzessionen zu machen, so lange unser Verband ungeschwächt dahebt. Diese Ansicht ist von den Herren mehrfach ausgesprochen worden und die seitens derselben den hiesigen Zimmerern gegenüber geäußerte Praxis hat deutlich Zeugniß davon abgelegt, auch die Verurteilung der Köstner Maurer seitens der Herren Unternehmer in der „Baugewerkszeitung“, von welcher der „Grundstein“ in auch Notiz genommen hat, verfolgte nur diesen Zweck. Nachdem die Unternehmer Alles ausgenutzt hatten, fremde Maurer nach Köstlin heranzuziehen, eine Absicht, welche nur sehr unvollkommen erreicht worden ist, haben sie es durchgesehen, Strafzusage aus dem hiesigen Zentralgefängnisse zu beschaffigen, trotz unseres dagegen beim Herrn Justizminister eingelegten Protestes. Wiederum geht aber die Taktik der Unternehmer dahin, die Bauten bis zum nächsten Jahre hinauszuschieben, indem sie uns dadurch auszuhängen und für nächstes Jahr gefolgter zu machen hoffen. Schwer genug ist und der Kampf ja bisher geworden und selbst die Kollegen, welche momentan in Arbeit stehen, sind so geschwächt, daß sie kaum im Stande sind, die bisher immer noch entrichtete Abgabe zur Unterstützung der Arbeitslosen weiter zu zahlen, und zu allem kommen fortwährend Kollegen von außerhalb zurück, weil die Arbeit an den betreffenden Orten zu Ende ist. Sogar mit Bezug fremder Maurer, an welchen wir in den ersten Wochen des Streiks gar nicht dachten, haben wir jetzt zu rechnen. Nachdem erst kürzlich einig

Maurer aus Ranow hier einige Tage gearbeitet haben, sind jetzt verschiedentlich fremde Maurer aus Danzig hier eingetroffen. Auch Streikbrecher haben wir nun zu verzeichnen und zwar sind diese gerade diejenigen Mitglieder unserer Bahnhofs- und Werkverhältnisse besser wie die Mehrzahl der übrigen Kollegen. Nicht in dem eigentlichen Sinne des Wortes hat diese Leute nicht zu einem solchen Schritt getrieben, sondern purer Eigennutz; diese Herren mögen gerne von Anderen die Kalanien aus dem Feuer holen lassen und erstens, wo sie nicht gesetzt haben, aber teilweise nicht Opfer bringen, wenn es notwendig ist. Trotzdem sind wir aber noch lange nicht gewillt, zu kapitulieren; ein Nachgeben unsererseits würde uns auf Jahre hinaus schädigen und so hoffen wir dennoch, Dank der immerhin noch guten Disziplin der hiesigen Kollegen und der Unterstützung aus der Zentralfak., ein günstiges Resultat zu erzielen. Während des Streiks sind jeden zweiten Tag Versammlungen abgehalten worden. Zu erwähnen ist noch, daß die Herren Unternehmer es verstanden haben, um die Sympathien der Bürgerschaft zu entfremden, ein Umstand, der immerhin schwer ins Gewicht fällt. So lassen es sich Bauherren, die sonst ziemlich auf gute und saubere Arbeit sehen, jetzt gefallen, daß Handlanger und Aufsicht die Hauptarbeit in der Mauerer verrichten und daß also eine Arbeit geliefert wird, welche absolut keine Kritik verträgt, wie sich sogar der Meinung, daß die während des Streiks auf solche Art hergestellten Mauerarbeiten durchaus nicht den baupolizeilichen Bestimmungen entsprechen; von einer Beanspruchung der Bauteile durch die Baupolizei ist uns jedoch niemals etwas bekannt geworden. Ein von uns verbreitetes und an die Bürgerschaft gerichtete Flugblatt, beschäftigt sich denn auch mit dieser Angelegenheit und hat uns doch wenigstens in den Augen der Bürger wieder einigermaßen gerechtfertigt.

Bauhändler.

Mischerleben. Eine schonach besuchte öffentliche Bauhändlerversammlung tagte hier am 1. August mit der Tagesordnung: „Die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und die Notwendigkeit der Organisation.“ Als Referent war Kollege W. A. u. L. aus Hannover erschienen. Derselbe legte den Anwesenden die Verhältnisse der heutigen Gesellschaft in klarer Weise auseinander und wies auf die Notwendigkeit der Organisation hin. Er forderte die Anwesenden auf, sich alle der Organisation anzuschließen, nur dann seien wir im Stande, uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. In der regen Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Sodann erhielt Kollege W. A. u. L. das Schlusswort und forderte die Anwesenden auf, tüchtig zu agitieren und sich zu bemühen, indifferente Arbeiter an uns heranzuziehen. Hierauf sprach der Vorsitzende im Namen der Versammlung dem Referenten den Dank aus und wurde somit die Versammlung geschlossen.

Krankenkassenberichte.

Berlin. Ein öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder der Ortskrankenkasse der Maurer Berlins tagte am 31. Juli in der Brauerei „Friedrichshain“. Zunächst erstattete Herr D. A. u. L. Bericht über die wirtschaftliche Lage der Kasse seit dem 1. Januar 1891 bis 1. April 1892. Redner erklärt, daß die Kasse zu ungeliebteren Leistungen während dieser Zeit verpflichtet war. So habe z. B. die 1. Klasse der Mitglieder im Jahre 1891 M. 37 139,64, die 2. Klasse dagegen M. 79 386,77 mehr an Krankenunterstützung ausgezahlt erhalten, als dieselben an Beiträgen zu dieser Zeit aufgebracht. Noch krasser gestalte sich das Verhältnis bei der 2. Klasse, wo vom 1. Januar 1891 bis 1. April 1892 M. 144 052,68 mehr verbraucht wurden, als dieselbe in dieser Zeit aufgebracht. Die Durchschnittszahl der Kranken sämtlicher Klassen betrug im 1. Quartal des vorigen Jahres 794, dagegen im 1. Quartal dieses Jahres 1413. Dies meinte Redner, sei endlich der Influenza-Epidemie und der ungeliebteren ärztlichen Behandlung, die sie der Gewerkschaftskrankenkasse erwachte, hauptsächlich aber der allgemeinen Erwerbslosigkeit zuzuschreiben, die Kasse wäre keine Kranken-, sondern sozusagen eine Armen-Unterstützungskasse gewesen. Die Meisten seien vor Hunger und Noth krank geworden. Infolge dessen habe der Referent besonders herartig angegriffen werden müssen, daß sich der Vorstand genötigt gesehen habe, die Beiträge zu erhöhen. Dies wurde auch von der Generalversammlung am 2. März bezw. 12. April angenommen. Dar-nach sollten die Beiträge der 1. Klasse von 42 auf 54, die der 2. Klasse von 39 auf 48 und die der 3. Klasse von 21 auf 24 Pfennige erhöht werden. Ferner sollten die Leistungen der Kasse im Sommer-Halbjahr beibehalten, dagegen im Winter-Halbjahr auf die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes ermäßigt werden. Weiter wurde damals beschlossen, falls dies nicht genehmigt würde, wolle die Generalversammlung nicht mehr mit dieser Sache befaßt werden, sondern die Ober-Aufsichtsbehörde möge hierüber entscheiden. Dieser Bescheid ist vom Bezirksausschuß, sowie vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg nicht genehmigt, sondern von letztgenannter Stelle aus verfaßt worden, daß die Beiträge der 1. Klasse 54 M., die der 2. Klasse 42 M. und die der 3. Klasse 24 M. pro Woche zu betragen haben und das Krankengeld im Winter wie im Sommer auf die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes zu ermäßigen ist. Redner meinte, es habe hierdurch auch die Ober-Aufsichtsbehörde die Verantwortung übernommen, falls die Kasse einmal in Kalanitäten gerathe. Zum zweiten Punkt gab der Vortragende kund, daß zwei Einladungen, eine an den Gewerkschaftskrankenkassen und eine an den Verein für freie Arztwahl, ergangen sind. Von ersterem war Niemand erschienen. Herr Dr. K. u. L. hielt einen hartnäckigen ausführlichen Vortrag über die freie Arztwahl. Der Vortrag rief eine recht lebhaft Diskussion hervor, an welcher sich die Herren B. u. L., F. u. M., H. u. G., S. i. m. a. n. o. v. s. t., W. u. C. h. o. l. z. u. A. beteiligten, worauf folgende, von Herrn H. u. G. gestellte Resolution, sowie der von Herrn H. u. G. gestellte Unterantrag einstimmig angenommen wurden:

öffentliche Mitgliederversammlung der Orts-Krankenkasse der Maurer Berlins hielt nach den Ausführungen des Herrn Dr. K. u. L. im Verein für freie Arztwahl eine bessere Behandlung der Mitglieder gewährleistet als beim Gewerkschaftskrankenkassenverein, und beauftragt das heutige Bureau, der Generalversammlung der Orts-Krankenkasse zu empfehlen, die Kündigung am 1. Oktober d. J. zum 1. Januar 1893 an den Gewerkschaftskrankenkassenverein ergoßen zu lassen.

2. Da sich durch langjährige Erfahrung ergeben hat, daß den Mitgliedern der Ortskassen nicht die genügende Behandlung von Seiten der Ärzte des Gewerkschaftskrankenkassenvereins zu Theil wird, beschließt die heutige Versammlung, die freie Arztwahl am 1. Januar 1893 einzuführen.

Nach einigen Fragebeantwortungen, betreffend die Unterabteilung der Kassenbeiträge von Seiten mehrerer Arbeiter, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Frankfurt a. M. Am 2. August tagte im hiesigen Kasernenlokal eine Mitglieder-Versammlung der Bahnhofs-Frankfurt a. M. der Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Der Kassirer, Kollege Schäfer, verlas zunächst die Abrechnung vom zweiten Quartal, welche eine Einnahme von M. 642,53 und eine Ausgabe von M. 648,86, somit einen Bestand von M. 133,67 ergab. Die Abrechnung der Frauenkassen zeigte eine Einnahme von M. 14,50, von welcher an die Hauptkasse M. 14,00 abgeführt sind. Nachdem die Abrechnung von den Redatoren für richtig befunden war, erhielt Kollege B. o. n. n. das Wort. Derselbe erklärte, den Verwaltungsausschuß beauftragt zu werden, welches angenommen wurde. Alsdann referierte B. o. n. n. als Abgeordneter des ersten Wahlkreises über die Generalversammlung zu Berlin in verständlichen Worten und legte die Beschlüsse derselben klar. Nach 1 1/2 stündiger Rede schloß der Referent mit einem warmen Appell an die Mitglieder, bei all den großen Opfern auch fernerhin der Kasse treu zu bleiben. Kollege V. i. p. p. o. l. d. sprach sich im Sinne des Kollegen B. o. n. n. aus und beantragte, dem Delegierten Dank auszusprechen, was von Bonn zurückgenommen wurde. Nachdem noch einige wichtige Angelegenheiten erörtert waren, wurde um 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

Gerichts-Chronik.

Für das Berliner Baugeverbe in seinen zahlreichen Zweigen, sowie für das Krankenkassenwesen ist eine Entscheidung, welche das Kammergericht vor Kurzem gefällt hat, von höchstem Interesse. Es handelte sich dabei um folgenden Sachverhalt: Die Stadt Berlin erbaute auf Vichtenberger Gebiet große Wasserwerke und eine Frenen- bezw. Fötienanlage. Die Entrepreneure haben sämtlich ihren Wohnsitz in Berlin und haben einer Bestimmung, des Krankenversicherungsgesetzes gemäß, ihre Arbeiter bei der Ortskrankenkasse angemeldet an dem Orte, wo das Geschäft seinen Sitz hat, nämlich in Berlin. Dagegen hat die Ortskrankenkasse der Gemeinde Vichtenberg-Friedrichsberg Einspruch erhoben, die auf dem Standpunkt steht, daß fähig in ihrem Kompetenzbereich thätige Arbeiter bei ihr versichert werden müßten. Die Vichtenberger Ortskrankenkasse hat ein erhebliches Interesse an der Entscheidung dieser Frage, weil es sich um mindestens tausend Arbeiter handelt. Der Amtsvorsteher von Vichtenberg hat demgemäß sämtliche an den hiesigen Bauteilen auf seinem Gebiete thätigen Unternehmer — 22 an der Zahl — mit Strafanträgen bedacht. Sie erhoben sämtlich Widerspruch und beantragten richterliche Entscheidung. Gerichtszeitig wurden die Angeklagten in zwei Gruppen geteilt, gegen welche besonders verhandelt wurde: Beim Schöffengericht am Amtsgericht II wurden beide Gruppen freigesprochen, bei der einen Gruppe der Angeklagten wurden sogar die Kosten der Vertretung der Staatskasse auferteilt, mit der Motivierung, daß der Amtsvorsteher von Vichtenberg dadurch abgehalten werden solle, gesetzlich unbedingte Strafanträge zu erlassen. Es wurde etc. angenommen, daß die Arbeiter dort zur Ortskrankenkasse anzumelden seien, wo das Geschäft seinen Sitz habe. Die Staatsanwaltschaft legte in beiden Fällen Verurteilung ein, und nun geschah das Merkwürdige, daß die eine Gruppe der Angeklagten in der zweiten Instanz freigesprochen, die andere Gruppe von einer anderen Kammer verurteilt wurde. Für die Verurteilten beantragten diese, für die freigesprochenen die Staatsanwaltschaft Revision. Vor der Revisionsinstanz, dem Kammergericht, wurde ein Theil der Angeklagten, durch den Kreisgerichtsrath a. D. Hülse vertreten, der viele Entscheidungen höchster Gerichtshöfe, sowie ein Reskript des preussischen Handelsministers vom 22. Oktober 1887 und ein Schreiben des Reichsfanzlers an die Bundesregierungen vom 8. Oktober 1884 zitierte und dazu bemerkte, daß nach der Krankenkassennovelle der Zusatzparagraf da vom 1. Januar 1893 ab und somit auch jetzt schon jeden Zweifel darüber ausschliesse, daß die Berliner Ortskrankenkassen allein für die Anmeldeung von Berliner Meistern beschäftigten Arbeiter maßgebend seien. Das Urteil des Kammergerichts lautete dahin, daß das zur Revision stehende Urteil der zweiten Instanz am Landgericht II aufzuheben und die Sache in die Vorinstanz zurückzuweisen sei, um zu prüfen, ob der zwischen den Meistern und Gesellen abgeschlossene Arbeitsvertrag länger als eine Woche dauerte, seiner Natur oder der Verabredung nach. Vorhanden Falles müßte die Anmeldung zur Kasse am Orte der Beschäftigung erfolgen. Damit scheint diese prinzipielle Frage definitiv erledigt zu sein.

Redirenen Sammlungen zu Streikzwecken der polizeilichen Erlaubnis? Diese für die hiesigen Arbeitkreise höchst wichtige Frage ist vor Kurzem von der 5. Strafkammer des Leipziger Landgerichts verneint worden für die Fälle, wo die Sammlung sich beschränkt auf Arbeiter, die einer Organisation angehören (Gewerkschaftskartell). Der Expedient Blume vom Leipziger „Wähler“ und der Tischler Gashoff hatten Verurteilung eingelegt gegen ihre Verurteilung zu je M. 50 Strafe wegen verbotenen Sammelns. Die Verhandlung über diese Verurteilung fand bereits am 28. Juni statt. Das am 5. Juli verkündete

Urteil stellt fest, daß Blume durch Entgegnung von Gelbern und Lüttigung darüber im „Wähler“, sowie außerdem durch eine den Quittungen beigelegte Bemerkung, durch die Blume nur zu genauer Kontrolle der öffentlichen Quittungen angeregt, haben will. Sammlungen veranstaltet habe, und zwar seien diese Sammlungen Blume's öffentliche und sonach, weil ohne Erlaubnis der Polizei erfolgt, strafbar, da sie sich zwar auf den Befreiung des „Wähler“ bezüchteten, dieser Befreiung aber in keinem inneren Zusammenhang unter sich stände. Die Verurteilung Blume's wurde daher verworfen, auch der eventuelle Antrag des Verteidigers Rechtsanwalts Gustav Hofmann auf Herabsetzung der Strafe, der den durchaus erlaubten und nach seiner Richtung zu mißbilligenden Zweck der Sammlungen: Unterstützung von streikenden Hilfsarbeitern im Buchdruckerwerke, betont hatte, zurückgewiesen. Über die Verurteilung des Gashoff hatte Erfolg, weil das Landgericht bei diesem annahm, daß er nur die Beschlässe einer von Gewerkschaftskartell abgehaltenen Versammlung ausgeführt habe, in welcher beschlossen worden war, daß für die streikenden Hilfsarbeiter im Buchdruckerwerke innerhalb der dem Gewerkschaftskartell angehörigen Gewerkschaften durch Vertrauensmänner der einzelnen Gewerkschaften mittelst auszugebender Sammelzettel gesammelt werden solle. Gashoff hatte als Vertrauensmann der Tischler solche Listen ausgegeben. Das Landgericht erklärte für nicht erwiesen, daß Gashoff die Listen auch Arbeitern zur Einreichung von Beiträgen vorgelegt habe, die nicht der Organisation des Gewerkschaftskartells angehört haben, und daß Gashoff sonach nicht aus dem Rahmen dieser Organisation herausgetreten sei. Die Sammlung des Gashoff sei daher keine „öffentliche“ im Sinne der Polizeiverordnung.

Arbeiterversicherungen.

Es liegen wieder eine Reihe wichtiger Rechtsgrundsätze des Reichsversicherungsamts betr. die Unfallversicherung vor:

Durch das Bauarbeiter-Ges. vom 11. Juli 1887 sind alle Bauarbeiten ohne Ausnahme und ohne Rücksicht auf Dauer, Umfang und Regelmäßigkeit ihrer Ausführung für versicherungspflichtig erklärt worden. Es unterliegen daher der Versicherungspflicht auch solche Bauhelfer- und Anschlägerarbeiten, welche in handwerksmäßigen Schlossereien und Schmiedebetrieben nur gelegentlich und vereinzelt ausgeführt werden.

Die Verlegung eines Arbeiters durch Vitißschlag ist dann als ein Betriebsunfall anzusehen, wenn er durch seine Berufstätigkeit in erhöhtem Maße der Mitgefahr ausgesetzt gewesen ist. Daß dies z. B. bei einem landwirtschaftlichen Arbeiter anzunehmen, der sich während eines Wintertages auf freiem Felde, das keine erhöhten Punkte aufweist, und in unmittelbarer Nähe von Metallgerätschaften aufhalten mußte und dabei vom Blitze getroffen ist.

Das Recht zur Erweiterung des Klageantrags und zur Verichtigung eines Irrthums, z. B. der zu niedrigen Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, steht dem Arbeiter jederzeit, auch noch in der Revisionsinstanz zu. Das Schiedsgericht ist an sich nur befugt, innerhalb der erhobenen Ansprüche, also nicht über den eigenen Antrag des Verletzten hinaus zu erkennen. Aber auch ein schiedsgerichtliches Urteil, das gegen diesen Grundsatze verstößt, kann aufrecht erhalten werden, wenn der Verletzte von seinem Rechte der Klageerweiterung Gebrauch macht und nimmere in der Revisionsinstanz seinen Antrag, dem Urtheile des Schiedsgerichts entsprechend, ausdehnt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. W. Dieß Verlag) ist jochen das 45. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Auf glühenden Platten. — Schelley und der Sozialismus. Von Edward Aveling und Eleanor Marx-Aveling II. Theil. — Die soziale Doktrin des Anarchismus. III. Von E. Bernheim. — Die Wahlen in Großbritannien. — Notizen. — Feuilleton: Dunkle Nächte. Roman von Elise Vanger. (Fortsetzung)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, F. H. W. Dieß Verlag) ist uns jochen die Nr. 15 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Auf der Armenländerbank. — Die Frauenarbeit in den Vereinigten Staaten. — Feuilleton: Die Nachbarn. Ein Märchen von Schickelrin. Aus dem Russischen von A. T. (Schluß). — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 M., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Bestellungsliste für 1892 unter Nr. 2564 a) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 M.; unter Kreuzband 85 M. Inzeratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 M.

Briefkasten.

Wurzeln, K. Berichte über stattgefundene Volksversammlungen gehören nicht in den Rahmen eines Gewerkschaftsblattes, dieselben gehören in die politischen Blätter der Partei.

Essen, ? Anonyme Einsendungen bleiben unberücksichtigt.

Köln, B. Wir ersuchen Sie, die Berichte zukünftig so rechtzeitig abzugeben, daß dieselben am Montage hier eintreffen, auch darf das Papier nur auf einer Seite beschrieben werden.

Hannover, G. Die Aufnahme Ihrer Annonce in der vorigen Nummer war nicht mehr angängig, da durch einen unglücklichen Zufall dieselbe erst in unsere Hände kam, nachdem die Zeitung schon gedruckt war.

Warnung.

Der Maurer S. Baukisch aus Ellrich am Darz hat sich in Hannover und in seiner Heimath verschiedene Verbrechen gegen seine Kollegen resp. deren Organisation zu Schulden kommen lassen...

Zur Beachtung.

Der diesmaligen Nummer des „Grundstein“ liegt die Jahresabrechnung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands bei.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.

Bekanntmachungen.

Im Nachstehenden veröffentlichen wir die Resultate der stammesföndlichen Delegirtenwahlen (S i h w a h l e n) zum ersten Verbandstage.

- Die in den neuerrichteten Jahressitzungen des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen am 1. und 2. August 1892...

Die in den neuerrichteten Jahressitzungen des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen am 1. und 2. August 1892...

Als verloren sind angemeldet: Die Mitgliedsbücher Nr. 5939 u. 5940, Nr. 31718 Gust. Dork und Nr. 18244 Philipp Feine.

Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

In der Zeit vom 2. bis 9. August sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen:

- Bon der örtlichen Verwaltung in: Celle M. 100., Tschöbe 55., Obertshausen 3., Wilker 14., Hamburg 2371,64, Gütstrom 75., Wandbuck 152,41, Neumann 128,32, Berlin II 200., Bunzlau 46,29, Friedland I. M. 22,40, Wügow 41,75, Stolp i. B. 16,32, Binneberg 86., Hannover 200., Elmshorn 90., Eckernförde 80., Geckmünde 140., Walsrode 14., Neu-Stettin 23,95, Jülich i. S., Vertrauensmann 50., Dresden, Vertrauensmann 80., Summa M. 3989,19.

Hamburg, den 9. August 1892. F. Wilbrandt, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, I.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauser, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

In der Zeit vom 31. Juli bis 6. August sind folgende Beträge eingegangen: Bon der örtlichen Verwaltung in Wilhelmshagen M. 350, Chemnitz 100, Beilitz 150, Jever 25, Rostock 150, Wurzen 70, Hannover 200, Pflanzhausen 200, Bientau 80, Stuttgart 200, Frankfurt a. M. 80, Herford 40, Altona 200, Braunschweig 400, Summa M. 2245.

Zufüsse erhielten in derselben Zeit: Die örtliche Verwaltung in Alt-Warbau M. 200, Mühl. Grumbach 100, Ellr. 100, Crefeld 50, Wenden i. Westf. 150, Hainstadt 100, Worms 80, Eggenstedt 100, Eppelheim 100, Summa M. 980.

Altona, den 6. August 1892. E. Reih, Hauptkassirer, Friedrichsbadstraße Nr. 28.

Aufforderung. Der Maurer Reinhold Hertner aus Niebisch in Schlesien wird ersucht, mir seine Adresse anzugeben.

Joh. Kohno, Essen a. d. Ruhr, Wiesenstr. 23

Aufforderung. Der Maurer Robert Weiland aus Al. Mocker bei Thorn, welcher sich mutmaßlich in Hamburg oder Kiel aufhält, wird dringend ersucht, seiner Frau von seinem jetzigen Aufenthaltsorte Kenntniss zu geben.

Niedorf. Das Erste Stiftungsfest der hiesigen Jahressitzung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands findet am Sonnabend, 10. September, im „Deutschen Wirtschaftshaus“, Bartsch Salon, Bergstraße 120, statt.

Großer Ball — Humoristische Vorträge. Anfang Abends 8 Uhr. Billets 25 S. Die Verwaltung.

Achtung! Sämtliche Artikel für Maurer und Gipsler empfiehlt zu billigen Preisen. F. L. Grisat, Altona, Bürgerstraße Nr. 103, Keller.

Zur Beachtung! Geoben erschienen: Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands für das Jahr 1890. Verlag von M. Danmann, Hamburg.

Abonnements-Diitung. Für das 4. Quartal 1890: Essen a. d. Ruhr, R. M. 10 (3. Rate).

- Abonnements-Diitung. Für das 4. Quartal 1890: Essen a. d. Ruhr, R. M. 10 (3. Rate). Für das 3. Quartal 1891: Kiel, S. M. 4,20. Für das 4. Quartal 1891: Kiel, S. M. 2,80. Für das 1. Quartal 1892: Neichenbach, D. M. 4,45; Hamburg, D. —,70; S. 4,20; Wamt, E. 4,20; Kiel, S. 2,80. Für das 2. Quartal 1892: Kröppeln, R. M. 11,70; Schwerin, W. 33,33; Greibitz, S. 9; Altona, R. 17,60; Hamburg S. 2,10; Weihenstep. D. 3,50; Dierburg, R. 12.; Potsdam, R. 18,95; Calbe a. S. B. 3,50; Hamburg, D. 2,10; D. 1,40; Lassefelde, F. 4,80; Dresden, R. 37,80; Düsseldorf, W. 1,80; Naumburg a. S. F. 14,40; Hamburg, S. 3,50; Dessau, W. 1,40; Hamburg, E. 4,20; Kiel, S. 2,80; Lauenburg, E. —,70; Hamburg, R. 2,10; Wandbuck, W. 2,80. Für das 3. Quartal 1892: Medlinghausen, R. M. 1,40; Gehausen, S. 1,40; Neubrandenburg, E. 2,40; Annaburg, F. 1,40; Ebstorf, D. 2,80; Kralitz, E. 2,80; Siebenstein, E. 1,40; Gera, R. 1,40; Widdern, E. 1,40; Wilsleben, W. 2,80; Hamburg, W. —,70; Ludwigslust, W. 2,80.

Verjammlungs-Anzeiger für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.

- Altona a. G. Dienstag, 16. August, Abends 8 Uhr, in „Rustler's Stabliement“, Große Poststr. 95. Altkerkelben. Jeden Sonnabend nach dem 1. bei Herrn Schröder, Warmen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, bei Herrn Hinneberg, Oberbörsenstr. 69. Barmbeck. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthause „St. Peterburg“. Bergedorf. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthause „St. Peterburg“. Berlin I. (Bayer.) Sonntag, 7. August, Vormittags 11 Uhr, im Lokale „Würgerlöcher“, Dresdenstraße, 95. Berlin II. Jeden Mittwoch nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, bei Herrn Scheller, Poststr. 10. Bielefeld. Sonntag, 14. August, Morgens 10 Uhr, bei Herrn Büttcher, Bürgerweg 14. Boizenburg. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Dautz. Brandenburg a. S. Jeden ersten Mittwoch im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Hinneberg, Poststr. 6. Bremen. Mittwoch, 17. August, Abends 8 Uhr, in der „Rezeptionshalle“, Dillstr. 1. Breßlau. Jeden Mittwoch nach dem 1. im Monat, Abends 8 Uhr, bei Wwe. Karstadt, Mittelstr. 9. Braunschweig. Jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Hinneberg, Berlinerstr. 20-21. Bülow. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Gahlwirth, Wende. Burglau. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, im „Garten Stern“. Buxtehude. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im „Kaufmanns Haus“. Cappel. Mittwoch, 17. August, bei Herrn Wittrod, Schöngasse 33. Celle. Jeden ersten Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Wwe. Krammer, Gr. Poststr. 69. Coblenz. Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat, bei Herrn Nees, Gr. Poststr. 27. Danzig. Mittwoch, 24. August, Abends 7 Uhr, im Wabow'schen Lokale, Victoriastraße. Dessau. Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat, in Götzen's Gasthof, verjeigert. Dortmund. Jeden zweiten und vierten Samstag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Zimmermann, Königstraße 5. Düsseldorf. Sonntag, 21. August, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Waltheim, Bismarckstr. 16. Duisburg. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Pfeffer, Drei-Armen, Annparkmarkt 2. Eckernförde. Jeden letzten Sonntag im Monat. Eisleben. Jeden ersten Dienstag im Monat, im Gasthof „Zum Reppentanz“. Elmshorn. Sonntag, 21. August, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Kreyman, Post- und Posthofen-Gde. Elmshorn. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale, Maurerbergstr. Emsw. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schumann, Poststraße 44. Effen a. d. Ruhr. Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat bei Wwe. Ray, Eiserstr. 10.

- Enth. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Schmidt, Am Markt, Maurerbergstr. 11. Flensburg. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat in der Maurerbergstr. Frankenhäuser (Stuffhäuser). Jeden zweiten Sonntag im Monat, im „Vaterhaus-Garten“. Friedrichshagen. Jeden ersten Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Albert, Bismarckstr. 11. Garmisch. Jeden ersten Donnerstag im Monat bei Herrn Peterlein, Schulstr. Gelsenkirchen. Sonntag, 14. August, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Gieseler, Bismarckstr. 11. Gießen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Hind, Am Markt. Grevesmühlen. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hoffmeister, Bismarckstr. 100. Gützkow. Jeden ersten Sonntag im Monat. Halle. Jeden ersten Sonntag nach dem 1. im Monat, Abends 8 Uhr, Maurerbergstr. Halberstadt. Mittwoch, 17. August, Abends 8 Uhr, Vaterstr. 63. Hamburg. Jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr, im „Länge's Stabliement“, Bismarckstr. 11. Hannover. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, im „Volkhof“. Harburg a. d. Elbe. Donnerstag, 25. August, Abends 8 Uhr, bei Herrn Peters, Rathhaus. Herford. Sonnabend, 20. August, Abends 8 Uhr, bei Wwe. Oberhaus, Bismarckstr. 11. Hildesheim. Jeden ersten Sonntag und jeden Mittwoch nach dem 1. im Monat. Holfenau. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat, im Hotel Irene. Jülich. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat bei Wwe. Grottel, Schulstraße. Kassel. Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends 8 Uhr, im „Schulbergstrasse des Herrn W. Weg, Sandberg“. Kellinghusen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hinneberg, Poststr. 10. Kiel. Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr, im „Engländer Garten“, Königstr. 4. v. R. Sonntag, den 21. August, Vormittags 11 Uhr, Mittelstr. 7 u. 8. Knaack. Jeden letzten Sonntag im Monat. Lauenburg a. S. Sonntag, 14. August, Nachmittags 3 Uhr. Lehe. Dienstag, 16. August, Abends 8 Uhr, bei Herrn R. Lange, Poststr. 11. Leipzig. Sonnabend, 13. August, Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zu den drei Bergen“, Poststr. 7. Ludwigsburg. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hinneberg, Poststr. 10. Lübeck. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat im „Seitener Hof“, Hauptstr. 11. Lüneburg. Mittwoch, 31. August, bei Herrn Peter Meyer. Magdeburg. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, im Lokale „Weißes Kreuz“, Poststr. 11. Mainz. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn V. Egel. Meiborf. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat bei Wwe. Stamm. Minden a. S. Sonntag, 13. August, Abends 6 Uhr, bei Herrn Hinneberg, Mittelstr. 18, Poststr. 11. Münster. Sonntag, 27. August, Abends 6 Uhr, in derselben Lokale, Willeverammlung. Nürnberg a. d. Ruhr. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 11 Uhr, im Lokale „Im Froschgraben“. Neuenhau. Jeden zweiten Sonntag im Monat. Neumannsdorf. Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat im „Balm-Salon“ bei Herrn Nagel. Neustadt i. W. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Fabe. Neustettin. Jeden letzten Sonntag im Monat, im Berke'schen Lokale, Hauptstr. 11. Nienburg a. W. Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat. Nienstedten. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Schödel. Nordhausen. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Bieting, Hauptstr. Nordhagen. Freitag, 19. August, Abends 8 Uhr. Nordhausen. Sonntag, 20. August. Olfenbüttel. Jeden ersten Sonntag im Monat, Abends 6 Uhr. Osternburg. Sonntag, 14. August, Vormittags 10 Uhr, in der „Bauer'schen Wirtschaft“, Schloßgasse 14. Oberhausen-Syrum. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Abends 6 Uhr, bei Herrn G. König in Alstede. Osnabrück. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, in der Restauration „B. Hennrich“, 46. Osterburg i. Altm. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im „Bismarck-Lokale“. Pforzheim. Jeden Sonntag von 10-11 Uhr im Lokale „Zur Eintracht“, Hauptstr. 12. Pilsener. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Gahlwirth. Posen. Jeden ersten Sonntag im Monat, Mittags 12 Uhr, bei Herrn Krüger, Bräuglerstr. 18. Preetz. Jeden ersten Sonntag im Monat, vom 1. April bis incl. September Abends 8 Uhr, von 1. Oktober bis incl. März Abends 7 Uhr, bei Herrn Aufschning, Wardenbergstr. 422. Queblinburg. Jeden ersten Mittwoch im Monat, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Anker“. Rastrow. Jeden Mittwoch nach dem 1. im Monat, Abends 8 Uhr, Hauptstr. 11. Rendsburg. Jeden ersten Sonnabend im Monat, bei Herrn Abel, Bismarckstr. 11. Niedorf. Jeden Dienstag nach dem 1. im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Zimmermann, Berlinerstr. 136. Rostock I. M. Mittwoch, 21. August, Abends 8 Uhr, bei Herrn Wobst, Burgstr. 24. Rostock. Jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat. Rudolfsstadt. Eingehung: Sonnabend, 13. August, Abends 8 Uhr. Scharnau. Sonntag, 27. August, Abends 8 Uhr. Scharnau. Jeden ersten Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Klemm. Steglitz. Mittwoch, 17. August, in der „Börse“ zu Steglitz. Steinbeck. Jeden ersten Sonntag im Monat, im Vereinslokale, bei Galmirch 5. Stendal. Jeden Sonntag vor dem 15. im Monat bei Herrn Koll, Hauptstr. 17. Stettin. Mittwoch, 17. August, im Lokale des Herrn Reih, Charlottenhof. Stralsund. Jeden Montag nach dem 1. und jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat. Stuttgart. Sonntag, 14. August, Morgens 10 Uhr, in der „Glocke“, Kronenstraße. Tempelhof. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn E. Hilger, Wardenbergstr. 422. Teterow. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im „Bismarck-Lokale“. Thorn. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokale. Tilsit. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat im Vereinslokale. Trier. Jeden 1. und 15. im Monat. Weiden. Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat. Weiden. Jeden ersten Sonnabend im Monat bei Herrn Taus, Wende. Jeden letzten Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr, im Vereinslokale. Wandbuck. Dienstag, 23. August, Abends 8 Uhr, bei Herrn Esley, Hauptstr. 65. Warden. Jeden ersten Sonntag im Monat bei Herrn Hinneberg. Wartin. Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, Nachmittags 5 Uhr, in der Maurerbergstr. Wartenburg. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 Uhr. Weiden. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Gahlwirth. Weiden. Jeden ersten Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, Morgens 11 Uhr, im Vereinslokale, bei Herrn E. Hilger, Wardenbergstr. 422. Weiden. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Gahlwirth. Weiden. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Herrn Gahlwirth.

Druck: Hamburg, Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.

Nummer	Zahlstelle	Einnahme										Ausgabe										Bemerkungen									
		Eintrittsgelder		Wöchentliche Beiträge		Extra-Beiträge		Sonstige Einnahmen		Gesamt-Einnahme		Von der Hauptkasse erhalten		Verwaltungs-Ausgaben		An die Hauptkasse abgethan		Reise-Unterstützung		Für Rechtschutz			Unterstützungen nach § 1 e		Gesamt-Ausgabe		Kassenbestand am Schlusse des Quartals		Nach Prozent zu viel verbraucht		Zahl der Mitglieder
		M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.		M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	M.	ℳ.	
84	Wulheim (Ruhr)	6174	50	32330	20	26140	85	72	80	67072	34	2353	99	9685	17	49356	39	3180	65	289	90	2092	—	67072	34	2337	38	230	85	10187	
85	Neubufon	17	—	61	—	30	40	—	—	115	43	7	03	18	30	52	13	45	—	—	—	—	—	115	43	443	40	—	—	67	
86	Neumünster	103	50	665	—	415	80	—	—	1084	30	—	—	169	50	818	20	96	60	—	—	—	—	1084	30	—	—	—	—	124	
87	Neustadt i. M.	18	50	73	30	18	80	—	—	108	60	—	—	21	63	71	97	15	—	—	—	—	—	108	60	—	—	—	—	38	
88	Neustadt i. Sch.	11	50	10	20	—	—	—	—	71	70	50	—	8	06	17	70	—	—	—	—	50	—	71	70	—	—	94	17		
89	Neustettin	33	—	23	20	6	60	—	—	62	80	—	—	6	96	55	80	—	—	—	—	—	—	62	80	—	—	—	—	60	
90	Nienstedten	45	—	275	50	288	—	—	—	608	50	—	—	82	82	470	68	55	20	—	—	—	—	608	50	—	—	—	—	72	
91	Nienburg a. B.	11	60	49	30	8	50	—	—	89	30	20	—	14	79	12	40	64	60	1	50	—	—	89	30	6	01	—	—	18	
92	Nordhausen	22	—	120	40	30	40	—	—	172	80	—	—	36	12	118	68	18	—	—	—	—	—	172	80	—	—	—	—	43	
93	Nordenham	22	50	92	70	32	80	1	30	149	30	—	—	28	08	90	07	12	20	—	—	—	—	149	30	12	30	6	65	35	
94	Nordern	17	—	44	80	22	60	—	—	84	60	—	—	13	98	51	75	—	—	—	—	—	—	84	60	18	52	35	22		
95	Roßentinerhütte	17	—	87	20	8	40	—	—	112	60	—	—	26	16	51	53	3	—	—	—	—	—	112	60	31	91	—	—	33	
96	Mürnberg	74	—	328	70	67	40	—	—	460	30	—	—	98	61	335	29	14	20	—	—	—	—	460	30	11	28	—	—	143	
97	Oberhausen-Styrum	18	—	23	70	—	—	—	—	41	70	—	—	6	43	32	12	2	40	—	—	—	—	41	70	—	—	92	27		
98	Ofenbach	18	—	31	90	—	—	—	—	73	37	23	47	9	57	16	50	23	40	—	—	—	—	73	37	—	—	23	90	36	
99	Oberstoc	30	50	154	30	93	60	—	—	278	40	—	—	38	60	90	—	74	30	75	40	—	—	278	40	—	—	—	—	53	
100	Olfenbüttel	17	—	106	60	34	80	—	—	158	40	—	—	31	80	107	20	9	15	—	—	—	—	158	40	10	25	—	—	27	
101	Osterburg	36	50	19	20	24	80	—	—	81	—	—	—	5	15	75	85	—	—	—	—	—	—	81	—	—	—	—	—	73	
102	Oliva	8	—	8	90	6	80	—	—	23	70	—	—	8	65	15	05	—	—	—	—	—	—	23	70	—	—	—	—	26	
103	Ordnung	17	50	94	50	9	60	—	—	121	60	—	—	28	35	44	60	16	20	—	—	—	—	121	60	32	45	—	—	26	
104	Reine	13	—	32	—	16	80	—	—	91	80	30	—	9	60	38	05	39	30	—	—	—	—	91	80	—	—	4	85	28	
105	Rorsheim	24	—	109	—	50	—	40	—	183	40	—	—	32	70	99	96	11	40	—	—	—	—	183	40	39	34	—	—	28	
106	Rinneberg	38	—	182	90	93	—	20	—	394	10	80	—	54	87	197	50	117	—	4	30	20	43	394	10	—	—	—	—	54	
107	Reien	47	50	169	70	85	60	—	—	302	80	—	—	48	24	214	91	—	—	—	—	—	—	302	80	39	55	—	—	62	
108	Brect	37	—	200	30	100	40	—	—	357	70	20	—	37	90	219	40	80	40	—	—	—	—	357	70	—	—	—	—	42	
109	Ruehlinburg	33	—	199	50	79	20	45	—	312	15	—	—	59	85	195	—	28	20	—	—	—	—	312	15	29	10	—	—	50	
110	Rathenow	10	—	63	10	28	—	—	—	101	10	—	—	18	93	62	22	9	—	—	—	—	—	101	10	4	36	6	59	16	
111	Rehnsburg	25	50	149	10	112	80	—	—	334	40	47	—	44	75	221	25	68	40	—	—	—	—	334	40	—	—	—	—	29	
112	Ribdorf	45	50	203	80	177	40	—	—	426	70	—	—	61	08	335	20	11	40	—	—	—	—	426	70	19	02	—	—	62	
113	Rohlfen	20	50	93	80	15	60	—	—	129	90	—	—	28	14	88	40	60	—	—	—	—	—	129	90	12	76	—	—	30	
114	Rostof	49	50	283	80	176	40	—	—	509	70	—	—	84	75	372	54	33	—	—	—	—	—	509	70	19	41	—	—	80	
115	Rudolfsbad	18	50	34	80	10	40	—	—	63	70	—	—	10	44	50	14	—	—	—	—	—	—	63	70	3	12	—	—	30	
116	Schiffbed.	40	50	252	20	222	40	—	—	595	10	80	—	75	66	397	14	71	40	—	—	43	20	595	10	7	70	—	—	58	
117	Schleswig	51	50	231	40	143	40	20	—	451	50	25	—	69	50	266	—	77	40	—	—	—	—	451	50	38	60	—	—	64	
118	Schwaan	7	—	30	70	1	20	—	—	58	90	—	—	6	41	20	70	24	60	—	—	—	—	58	90	4	39	2	80	13	
119	Schwarzenbed.	20	—	118	70	47	40	—	—	158	52	9	42	35	61	103	71	53	20	—	—	—	—	158	52	1	—	—	—	27	
120	Schwebt a. E.	31	—	166	70	71	60	—	—	259	50	—	—	46	38	171	02	16	20	—	—	6	90	259	50	—	—	—	—	45	
121	Stabe	36	—	203	80	104	40	—	—	344	40	—	—	61	08	210	—	56	40	—	—	—	—	344	40	16	92	—	—	42	
122	Stäbfurt	25	50	116	50	34	40	—	—	176	40	—	—	34	95	105	90	19	80	—	—	—	—	176	40	15	75	—	—	35	
123	Steglis	45	50	147	40	84	80	—	—	277	70	—	—	44	13	211	10	9	60	—	—	—	—	277	70	12	87	—	—	40	
124	Stellingen	32	50	202	30	168	80	—	—	413	60	10	—	66	19	253	30	67	20	12	80	—	—	413	60	14	11	—	—	51	
125	Stendal	7	—	40	70	3	20	—	—	50	90	—	—	11	95	23	95	15	—	—	—	—	—	50	90	—	—	—	—	14	
126	Stettin	81	—	288	30	193	80	—	—	561	10	—	—	85	89	463	21	12	—	—	—	—	—	561	10	—	—	—	—	98	
127	Stotz i. B.	28	50	152	30	61	60	—	—	242	40	—	—	44	61	191	01	6	—	—	—	—	—	242	40	—	—	78	—	41	
128	Stralsund	35	—	128	80	29	60	—	—	193	40	—	—	38	64	150	56	4	20	—	—	—	—	193	40	—	—	—	—	67	
129	Stuttgart	38	—	166	20	73	60	—	—	277	80	—	—	49	86	212	—	15	—	—	—	—	—	277	80	94	—	—	—	72	
130	Tempelhof	16	—	78	—	22	80	—	—	116	80	—	—	26	43	86	—	2	40	—	—	—	—	116	80	1	97	—	—	24	
131	Teterow	20	50	41	40	25	20	—	—	87	10	—	—	12	42	42	38	1	20	30	—	—	—	87	10	4	90	—	—	38	
132	Thorn	12	—	71	20	7	20	—	—	90	40	—	—	21	12	54	38	1	20	8	80	—	—	90	40	4	90	—	—	19	
133	Tilsit	32	—	39	30	3	80	—	—	75	10	—	—	11	79	60	85	—	—	—	—	—	—	75	10	—	—	2	46	64	
134	Trier	11	50	13	70	—	—	—	—	85	20	60	—	3	73	14	83	—	—	—	—	60	—								